

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 170 · 15. JAHRGANG · AUSGABE 3/2009 · VOM 6. MÄRZ 2009 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4 | »Alter Wein
in neuen Schläuchen«
Von der »Klausur« zum »Workshop«

9 | Gebührenerhöhungen
nur allerletztes Mittel
Gespräch mit ZWA-Verbandsspitze

11 | Wie krank sind die
Eberswalder Bäume?
Nur noch die Kettensäge kann helfen

»Energienetze rekommunalisieren«

Konzessionsverträge über die Versorgungsnetze von Strom und Gas in Eberswalde laufen 2011 aus

Berlin/Eberswalde (bbp). Im Deutschen Bundestag fordert DIE LINKE die Verstaatlichung der Energienetze. Hintergrund dieser Forderung ist eine Petition aus Baden-Württemberg, in der die hohen Energiepreise in Deutschland unter anderem darauf zurückgeführt werden, daß wenige Energiemonopolisten in Deutschland ihre Netze von anderen Anbietern abschotten und deshalb überhöhte Energiepreise verlangen können. »Die überhöhten Energiepreise können nur deshalb verlangt werden«, sagte dazu die Bundestagsabgeordnete Kersten Naumann, »weil die Bundesregierung die vier Konzerne, die die Energieversorgung in Deutschland faktisch kontrollieren, zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger protegieren. E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW teilen ungestört den deutschen Markt unter sich auf, auch weil sie die alleinige Hoheit über die Stromleitungen besitzen. Sie behindern den Zugang neuer Anbieter, bremsen die Einspeisung erneuerbarer Energien aus und treiben die Energiepreise in die Höhe.«

So müßten Privathaushalte in der BRD für Elektroenergie rund 50 Prozent mehr bezahlen als ihre europäischen Nachbarn. Die Energienetze dienen den Konzernen faktisch als Gelddruckmaschinen. Im Jahr 2006 nahmen die Energieversorger über 21 Milliarden Euro an Netzgebühren ein, investierten jedoch nur 0,9 Milliarden Euro in die Instandhaltung der Übertragungsnetze. Dabei beträgt das Alter der Strommasten zwischen 30 und 50 Jahre. »Die Infrastruktur«, so Naumann, »ist bereits marode, wie die Netzzusammenbrüche in den letzten Jahren beweisen.« Da die Energiekonzerne ihre Quasi-Monopolstellung mißbrauchten, sei der Staat gefordert. Nur eine Verstaatlichung verhindere die mißbräuchliche Verwendung der Netzgebühren.

Das Thema Vergesellschaftung der Energienetze spielte jetzt auch in Eberswalde eine Rolle. Auf ihrer Sitzung am 26. Februar berieten die Stadtverordneten über die »Harmonisierung der Konzessionsverträge für Strom und Gas für Eberswalde und Spechthausen«. In Eberswalde laufen die Verträge mit E.ON edis (Strom) und EWE (Gas) nach 20jähriger Laufzeit am 31.12.2001 aus, in Spechthausen einige Monate später. Vordringend geht es darum, die Ablauftermine der Konzessionsverträge für den neuen Ortsteil Spechthausen an die Eberswalder Termine anzugleichen. In einem Nebensatz beauftragte die StVV aber zugleich den Bürgermeister, »das Verfahren zur Neugabe der Wegenutzungsrechte durchzuführen und den Vergabevorschlag der StVV termingerecht zur Entscheidung vorzulegen.«

Bereits in der Einwohnerfragestunde im Hauptausschuß am 19. Februar hatte Bernd Pomraenke aus Finow diesen Passus zum Anlaß genommen, statt der Neugabe, die Rekommunalisierung der Netze anzuregen. In der StVV-Sitzung eine Woche später griff Albrecht Triller vom Bündnis für ein demokratisches Eberswalde diese Anregung auf. Er machte sich für die Kommunalisierung der Netze stark und wollte die Forderung nach einer Machbarkeitsstudie in den Beschluß einbringen, »mit entsprechenden betriebswirtschaftlichen Berechnungen für den Fall der Re-Kommunalisierung der Leitungsnetze«. Vor einem Verfahren zur Neugabe, so Triller, wäre zunächst zu prüfen, »ob überhaupt eine Neuver-

gabe erfolgen soll. Die Stadt Eberswalde hat auch die Option, die Konzessionsverträge zu beenden und die entsprechenden Netze zu kaufen und dann selbst als Netzbetreiber aufzutreten bzw. die TWE oder einen anderen Partner als Netzbetreiber zu beauftragen.«

Bürgermeister Friedhelm Boginski und seine Stadtverwaltung hoben die Hände. Eine Machbarkeitsstudie könne nur durch ein beauftragtes Sachverständigenbüro erfolgen – und das koste Geld. Boginski versicherte aber, daß die Stadtverwaltung bei der Erarbeitung des Vergabevorschlages selbstverständlich auch eine mögliche Rekommunalisierung prüfen werde. Volker Passoke (DIE LINKE) wollte diese Aussage festgehalten haben und beantragte die Anfertigung eines Wortprotokolls. Die von Albrecht Triller beantragte Änderung wurde danach bei einer Zustimmung und 5 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Vor 10 Jahren:

Deutschland im Krieg



Karikatur: Herresbach (aus »Roter Brandenburger«, 4/1999 und BBP 5/1999)

Genmaisversuch abgewendet

Seit 2001 war der Barnim gentechnikfrei. Doch in diesem Jahr sollte sich das ändern. Ein Landwirt aus Werneuchen hatte seinen Acker dem transnationalen Konzern Syngenta zur Verfügung gestellt. 9.000 m² sollten mit Genmais bestellt werden. Das rief sofort Kritikerinnen und Kritiker auf den Plan. Kontakte wurden geknüpft, Gespräche geführt und erste Informationsveranstaltungen geplant.

Doch dann kam alles anders: Am 27.02. kündigte der Werneuchener Landwirt an, er würde Anfang März seinen Vertrag mit Syngenta annullieren. Ein Erfolg für den gentechnikfreien Barnim. Allerdings wird der umstrittene Versuch auch noch an zwei anderen Standorten durchgeführt. In Herzberg/Elster und in Eichenbarleben. Bis Anfang April kann beim Bundesamt für Landwirtschaft und Lebensmittelsicherheit gegen alle drei Versuchsflächen Widerspruch eingelegt werden. Je mehr, desto besser.

Was war geplant? Der Genmais GA21 sollte im Werneuchener Ortsteil Weesow getestet werden. Er ist resistent gegen das firmeneigene Totalherbizid Touchdown (Wirkstoff Glyphosat). Wie sein Name schon suggeriert, wird alles platt gemacht, was mit dem Herbizid in Berührung kommt – außer dem GA21-Mais. Dieser wurde gentechnisch so verändert, daß er die Chemie-Kur unbeschadet überstehen kann. Im Gen-Labor wurden dem Mais Bestandteile von Reis und einem Agrobakterium eingeschleust. Ziel des Freilandversuchs in Weesow war die Überprüfung der Wirksamkeit des Herbizids und das Kennenlernen der Eigenschaften des GA21.

Gegen das Vorhaben regte sich bereits im Januar erster Protest. Im Gemeindekirchenrat der Stadt Werneuchen wurde einstimmig »für eine genpflanzfreie Landwirtschaft und somit gegen die Freisetzung von Genmais in Weesow und im Barnim gestimmt.« Imker aus der Region, Nachbarn und andere Landwirte fanden den Versuch ebenfalls alles andere als gut. Er gefährde ihre Existenz, wurde beklagt. Beispielsweise könne der GA21-Mais andere Maispflanzen in der Nähe verunreinigen. Trotz eines so genannten Sicherheitsabstands von 200 Metern kann das nicht ausgeschlossen werden. Und den Bienen seien Sicherheitsabstände sowieso egal, wurde von Imkern erwidert. Wenn sich keine anderen Blüten anbieten, fliegen Bienen auch Mais an. Dabei sammeln sie den gentechnisch veränderten Pollen, welcher später dann im Honig zu finden ist.

Der Rückzug des Landwirts ist gut. Damit bleibt Werneuchen in diesem Jahr viel Ärger erspart und der Barnim ist weiterhin gentechnikfrei. Nicht akzeptabel wäre es allerdings, wenn der Grund des Rückzuges die Angst vor körperlicher Gewalt wäre, wie vom Landwirt angeführt wurde. Er habe sich bedroht gefühlt. Die Kritik an der Agro-Gentechnik ist berechtigt – Gewalt gegen Personen ist es nicht.

CHRISTIAN REHMER

Biber an der »Mikadobrücke«



Eberswalde (bbp). Im unmittelbaren Umfeld der »Mikadobrücke«, mit der demnächst eine kurze Fußgängerverbindung zwischen der Sparkasse in der Michaelisstraße und dem Altstadtquartier an der Goethestraße geschaffen werden soll, fühlen sich auch die Schwärzebiber sehr wohl. Ein BBP-Leser stellte Ende Februar fest, daß von den Bibern am Schwärzeufer mindestens vier Bäume gefällt oder stark angefressen worden seien. Daraus würden sich erhebliche Gefährdungen für dort spielende Kinder ergeben. Die Biber sind eine Bereicherung der Fauna im Eberswalder Stadtzentrum. Zugleich muß aber auch die Sicherheit der Menschen gewährleistet werden. Die Verantwortlichen in der Stadt, regte der Leser an, sollten sich diesem Konflikt stellen und für Lösungen sorgen, die sowohl dem Schutz der Natur dienen, als auch die Interessen der hier lebenden Menschen berücksichtigen.

Bernau gegen Genmais

Bernau (bbp). Die Stadt Bernau hat sich als benachbarte Kommune gegen den geplanten Anbau von Genmais in Weesow ausgesprochen. Mit großer Mehrheit haben die Bernauer Stadtverordneten am 26. Februar für einen entsprechenden Dringlichkeitsantrag der Freien Fraktion gestimmt. Der herbizidresistente Genmais GA21 der Firma Syngenta sollte auf einer 8000 Quadratmeter großen Ackerfläche bei Weesow ausgesät werden. Durch die Pollen des Mais würden die umliegenden Ackerflächen gefährdet, heißt es in der Beschlußbegründung. Außerdem könnten die Bienenvölker, welche genveränderte Pollen aufnehmen, nicht mehr wirtschaftlich genutzt werden. Eine erhebliche Umweltbelastung würde auch durch das eingesetzte Herbizid erfolgen, da die Pflanzengifte in das örtliche Grundwasser gelangen. Das würde auch zu einer Belastung der Nachbargemeinden führen. Einen Tag nach dem Bernauer StVV-Beschluß hat der Weesower Landwirt seinen Antrag auf Zulassung des Genversuchs zurückgezogen.

Am 7.3.2009 findet um 16 Uhr in der Dorfkirche in Weesow eine Informations- und Diskussionsveranstaltung zur Agro-Gentechnik statt. Mit dabei sind die grüne Europaabgeordnete Elisabeth Schroedter und der linke Landtagskandidat Dr. Michael Luthardt (Vorsitzender des Kreis-Umweltausschusses).

Entlassungen im Walzwerk

Finow (bbp). Das Walzwerk in Finow will wegen »dramatischer Auftragsseinbrüche« von bis zu 75 Prozent 35 seiner 188 Mitarbeiter entlassen, berichtete in der letzten Februarwoche das RBB-Fernsehen. Seit Monaten werde bereits kurzgearbeitet, eine bessere Auftragslage ist laut Geschäftsführer Patrick von Hertzberg nicht in Sicht. Wenigstens 6000 Tonnen Walzstahl muß das Unternehmen monatlich verkaufen, um rentabel zu arbeiten. Derzeit seien aber nur 3000 Tonnen vertraglich gesichert. Der Geschäftsführer von Hertzberg bestreitet, daß der Personalabbau auf Druck der kreditgebenden Hausbank erfolge. Vielmehr seien die Entlassungen Folge einer in solch kritischen Phasen üblichen »kaufmännischen Unternehmensplanung«, die von der Deutschen Bank lediglich bestätigt werde. Als faktischer Angestellter der kreditgebenden Bank bleibt dem Walzwerkchef natürlich wenig Spielraum für alternative Meinungsäußerungen. Peter Ernsdorf, zuständiger Vertreter der IG Metall, will dennoch durch Verhandlungen mit der Geschäftsleitung die Entlassungen noch verhindern. Schließlich hätten die 188 Mitarbeiter in den vergangenen vier Jahren bewußt auf Lohnerhöhungen verzichtet, um ihre Arbeitsplätze zu erhalten.

Diskussion zur B167(neu):

Das Ende ist noch lange nicht in Sicht

Noch ist unsere B167 keine Schnellstraße. Nach den Plänen des Bundes soll sie aber eine werden. Ein Ende aller Diskussionen ist nicht absehbar. Das Raumordnungsverfahren ist im Rahmen des Planungsprozesses nur eine Etappe, weitere werden folgen. Natürlich führen die unterschiedlichen Standpunkte aller Betroffenen zu einem breiten Meinungsspektrum von der Zustimmung bis zur Ablehnung des Vorhabens. Auch für die Bürgerinitiative »Keine Schnellstraße durch das Finowtal« ist es nur allzu verständlich, daß die derzeit betroffenen Anwohner der B167 jede Entlastung dieser Straße begrüßen. Es ist wie mit dem berühmten Strohhalm, nach dem der Ertrinkende greift.

Die Unterlagen des Raumordnungsverfahrens (ROV) wurden einer breiten objektiven und fachlichen Beurteilung nur unzureichend unterzogen. Der Hauptmangel besteht darin, die Bundesstraßenplanung völlig isoliert von allen tangierenden Planungen und Bedürfnissen zu betrachten. Für Eberswalde heißt das, der Verkehrsentwicklungsplan (VEP) der Stadt steht in einer engen Wechselbeziehung zur Planung der B167neu. Etwas oberflächlich betrachtet könnte man meinen, daß dort schließlich ein Szenario entwickelt wurde, welches die neue Bundesstraßenführung berücksichtigt. Über Zwänge und Notwendigkeiten wurde im Arbeitskreis und in den Ausschüssen diskutiert. Die unterschiedlichen Argumente finden sich im VEP nicht wieder.

Was bedeutet also der Neubau der B167 für die Stadt Eberswalde?

* Eine Umfahrung der Breiten Straße wird zusätzlich zur neuen Bundesstraße benötigt. Diese Umfahrung darf jedoch nicht zu attraktiv sein, denn dann würden Fahrzeuge von der B 167 neu auf diese Straße ausweichen. Es käme im Stadtgebiet trotz neuer Bundesstraße zu zusätzlichen, also ungewollten, Neubelastungen.

* Die Umfahrung der Breiten Straße – Eichwerder Ring und Hausberggrasse (laut VEP) soll lediglich innerörtlichen Verkehr aufnehmen. Es kommt zu Neubelastungen der jetzt noch nicht betroffenen Anwohner. Die Zahl der Betroffenen ist auf Grund der Bebauungsstruktur natürlich geringer als in der Breiten Straße/Freienwalder Straße.

* Wenn man die entstehenden Kosten betrachtet, findet man in den Unterlagen des ROV nur für die B167neu Angaben (ca. 41 Millionen Euro). Auch der Eichwerder Ring wird Geld kosten. Die Summe ist zur Zeit nicht bekannt. Die Baulast für die alte B167 geht nach Fertigstellung der neuen Bundesstraße mit hoher Wahrscheinlichkeit in die Hoheit der Stadt Eberswalde über. Am 22.02.2007 legte die Stadt Eberswalde dem Bauausschuß eine Übersicht zum Sanierungsbedarf von Straßen im Stadtgebiet vor. Allein für städtische Straßen wurden 72.459.000 Euro veranschlagt. Hinzu kommen Landesstraßen (3.440.000 Euro) und Bundesstraßen (11.474.000 Euro). Unter Berücksichtigung der Einwohnerentwicklung unserer Stadt muß man dringend danach fragen, wie diese finanziellen Mittel zukünftig aufgebracht werden sollen.

* Selbst wenn die Frage nach den Kosten ausgeblendet wird, ist es in jedem Fall erforderlich, wenigstens die Unterlagen des ROV in ihren Angaben zur Analyse und Prognose kritisch zu hinterfragen. Die Ausgangsdaten (Analyse) basieren auf Zahlenmaterial, das fast 10 Jahre alt ist und für das Jahr 2005 hochgerechnet wurde. In Eberswalde fand für den VEP im Jahr 2006 eine Verkehrszählung statt. Zusammengefaßt bedeutet das, daß laut Prognose des VEP im Jahr 2015 noch nicht einmal so viele Fahrzeuge in 24 Stunden auf der B167alt fahren werden, wie der Landesbetrieb bereits für 2005 als Ist-Menge im ROV angibt.

* Im Rahmen der Nutzen-Kosten-Berechnung des ROV werden Zeitgewinne durch eine bessere Erreichbarkeit der Stadt Eberswalde unterstellt. Näher betrachtet sind zwar die Kreuzungspunkte der B167neu mit dem städtischen Netz schneller zu erreichen, doch die Ziele und Quellen verteilen sich auf das Stadtgebiet. Tatsächlich sind Fahrten, d.h. Zeit und Wegstrecke, zusätzlich notwendig. Dadurch relativiert sich »die bessere Erreichbarkeit« der Stadt Eberswalde bezogen auf die Einzelfahrt erheblich.

Wenn wir diese sachlichen Argumente in die Diskussion einbringen, erwarten wir auch Antworten, welche jedoch nicht auf der Ebene der »noch so geringen und doch segensreichen Verkehrsentlastung« der Breiten Straße in Eberswalde zu erbringen sind.

KAREN OEHLER, Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen und Ortsvorsteherin Eberswalde 1

Bürgerhaushalt ist keine »direkte Demokratie«

Eberswalde (bbp). Die Ausgestaltung des Eberswalder Bürgerhaushaltes erhitze die Gemüter. Die Fraktion FDP/BFB hatte eine eigene Satzung zum Bürgerhaushalt vorgeschlagen. Nachdem der noch unausgeformte Fraktionsvorschlag keine Mehrheiten fand, sollte die Stadtverwaltung einen Entwurf erarbeiten. Auch dieser erntete heftige Kritik und veranlaßte Albrecht Triller vom Bündnis für ein demokratisches Eberswalde, einen alternativen Entwurf vorzulegen, welcher wiederum im Finanzausschuß heftig kritisiert wurde.

Zwischen Albrecht Triller und Hans-Joachim Blumenkamp (CDU) entspann sich bei der Gelegenheit ein Disput darüber, ob denn die gegenwärtige Praxis überhaupt als Bürgerhaushalt bezeichnet werden könne. Blumenkamp stellte klar, daß der Verwaltungsentwurf den Stand widerspiegeln sollte, der von den Eberswalder Abgeordneten derzeit gewollt werde. Trillers Einschätzung, wonach der Eberswalder Bürgerhaushalt nur eine Öffnung der repräsentativen Demokratie sei und demnach keinen Bürgerhaushalt als Element der direkten De-

mokratie darstelle, wurde von dem CDU-Abgeordneten bestätigt und von den anderen nicht widersprochen. Über die einzelnen Vorschläge in Trillers Alternativsatzung gab keine Diskussion. Einige Stadtverordnete räumten zwar ein, das eine oder andere wäre durchaus sinnvoll, was aber an der generellen Ablehnung des Alternativentwurfs nichts änderte.

»Kasperkram«

Als es am 26. Februar in der StVV um die endgültige Beschlußfassung über die Bürgerhaushaltssatzung kam, zog Triller seinen Alternativentwurf, der keine Mehrheitsaussicht hatte, zurück und kündigte er einzelne Änderungsanträge zum Verwaltungsentwurf an. Dr. Andreas Steiner (Bündnis 90/Grüne), der anschließend ein positives Statement zum Triller-Vorschlag von sich geben wollte, wurde daraufhin das Wort entzogen – über zurückgezogene Änderungsanträge sei nicht mehr zu diskutieren. Dem verdutzten Neuling in der StVV verschlug's die Sprache ob dieser ungewöhnlichen Auslegung der Abgeordnetenrechte.

Im Fortgang der Diskussion zeigte sich, daß die Mehrheit der Stadtverordneten nicht gewillt war, die nunmehr als Einzelvorschläge formulierten Änderungsanträge von Albrecht Triller ernsthaft zur Kenntnis zu nehmen. Die Willensbildung war bereits erfolgt. Volker Passoke (DIE LINKE) erklärte gar: »Ich werde solchen Kasperkram nicht mitmachen« und kündigte seine Ablehnung an, schon bevor Triller alle seine Änderungsvorschläge vorgebracht hatte. Götz Trieloff (FDP/BFB) beschwor die Stadtverordneten, dem Verwaltungsentwurf zuzustimmen und die Änderungsvorschläge soweit zur Kenntnis zu nehmen, daß sie in einem Jahr – da sollte die Bürgerhaushaltssatzung ohnehin noch mal auf den Prüfstand – wieder in die Diskussion aufgenommen werden.

Bei der Abstimmung votierten immerhin zwischen 5 und 7 Stadtverordnete quer durch die Fraktionen für Trillers Änderungsvorschläge bei etwa gleicher Zahl an Stimmenthaltungen. Mithin umfaßte die »Ablehnungsfront« am Ende doch nur eine knappe Mehrheit der Stadtverordneten.

Um Antwort nicht verlegen

Gespaltenes Verhältnis zur Öffentlichkeit

Im Hauptausschuß informierte die Verwaltung im nichtöffentlichen Teil darüber, daß das Landesumweltamt den Widerspruch der Stadt gegen die Genehmigung der Sondermüllverbrennungsanlage der Firma Steil abgelehnt habe. Diese und weitere Informationen zum Verfahren wurden im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gegeben. Wenige Tage später berichtete die MOZ darüber. Auch im Bericht des Bürgermeisters im öffentlichen Teil der StVV hatte dieser über die Dinge gesprochen, die im Hauptausschuß noch nichtöffentlich behandelt wurden.

Deshalb fragte ich in der Abgeordnetenfragestunde der Stadtverordnetenversammlung am 26. Februar Bürgermeister Boginski, warum diese Informationen in der Sitzung des Hauptausschusses am 19. Februar im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gegeben wurden.

Zunächst wurde versucht, mich am Vortrag meiner Frage zu hindern, weil es um einen Gegenstand der nichtöffentlichen Sitzung ginge. Erst nachdem ich versicherte, keine geheimen Interna kundzutun, durfte ich fortfahren.

Bürgermeister Boginski war um eine Antwort nicht verlegen. Er erklärte, die Informationen hätten zum Zeitpunkt der Hauptausschußsitzung noch nicht schriftlich vorgelegen, sondern wären erst zwei Tage vor der StVV schriftlich eingegangen. Demzufolge mußten die Informationen zunächst nichtöffentlich behandelt werden.

Diese Interpretation des Bürgermeisters mag auf den ersten Blick verständlich erscheinen, ist jedoch aus kommunalrechtlicher Sicht nicht haltbar. Demnach ist die Öffentlichkeit nur auszuschließen, wenn dies überwiegende Belange des öffentlichen Wohls oder berechnete Interessen Einzelner erfordern. Der Grad der Verbindlichkeit einer Information ist kein Kriterium für Öffentlichkeit oder Nichtöffentlichkeit. Ein Anlaß, die Informationsquellen der Stadtverwaltung in Zweifel zu ziehen, bestand sicherlich auch nicht. Und falls doch, dann gehörte die Information auch nicht als nichtöffentliche in den Hauptausschuß.

Im konkreten Fall stellt sich weniger die Frage nach der Schutzbedürftigkeit oder Verbindlichkeit der gegebenen Informationen, sondern vielmehr die Frage, wieso immer wieder versucht wird, Gegenstände aus der öffentlichen Debatte herauszuhalten. Ein Änderungsvorschlag zur Hauptsatzung, durch den der Ausschluß der Öffentlichkeit minimiert werden sollte, fand im Januar leider nicht die Zustimmung der StVV.

Ich komme leider nicht umhin, festzustellen, daß die Verwaltung trotz gegenteiliger Beteuerungen noch immer ein gespaltenes Verhältnis zur Öffentlichkeit hat. Kritisch zu sehen ist auch, daß dies von den meisten Stadtverordneten billigend hingenommen wird.

ALBRECHT TRILLER

»Alter Wein in neuen Schläuchen«

Eberswalde (bbp). Am 24. Februar 2009 waren die Stadtverordneten zu einem »Workshop der Stadtverordnetenversammlung« zum INSEK – Stand der Arbeiten und anstehende Aufgaben – geladen. Neben Stadtverordneten waren auch mehrere Bürgerinnen und Bürger erschienen, die als Sachkundige Einwohner in den Ausschüssen der StVV mitarbeiten. Es entspann sich eine hitzige Diskussion darüber, ob ihnen eine Teilnahme an dem »Workshop« gestattet werden solle oder nicht. Erst nachdem sich mehrere Stadtverordnete dafür stark gemacht hatten, gab die Verwaltungsspitze nach. Allerdings wurde ihnen eine aktive Teilnahme verwehrt – sie konnten also ihre Sachkunde nicht einbringen. Auch die Unterlagen, welche an die anwesenden Stadtverordneten erhielten, blieben ihnen verwehrt.

Nichtöffentliche Beratungen der Stadtverordneten hatte es mehrfach unter Regie des abgewählten Bürgermeisters Reinhard Schulz gegeben. Bei ihm hießen diese informellen und jedesmal nichtöffentlichen Veranstaltungen »Klausurtagung« oder »Informationsveranstaltung«. Kritik gab es schon damals.

Mit der Ab- und Neuwahl des Bürgermeisters im Jahre 2006 war die Hoffnung verbunden, daß die Geheimniskrämerei endlich ein Ende finden würde. Doch inzwischen reißen längst überwunden geglaubte Gewohnheiten wieder ein. Es blieb dem Stadtverordneten vom Bündnis für ein demokratisches Eberswal-

de Albrecht Triller vorbehalten, dieses Vorgehen zu thematisieren. »Nun kommt der alte Wein in neuen Schläuchen daher, hier konkret unter der Bezeichnung 'Workshop', kritisierte Triller auf der StVV-Sitzung am 26. Februar.

Was ist satzungs- bzw. kommunalrechtlich, fragte er Bürgermeister Friedhelm Boginski, unter einem »Workshop der Stadtverordnetenversammlung« zu verstehen? Wieso hat der Bürgermeister und nicht die Vorsitzende der StVV dazu eingeladen? Warum wurde extra betont, »daß es sich bei dem Workshop um keine Beratung über eine etwaige Beschlussvorlage handelt? Gegenstand der Beratung war die Information und Diskussion des INSEK und des Förderprogramms EFRE. War das Selbstzweck oder welchem Zweck diente die Beratung?«

Werden die verteilten Unterlagen auch an jene Stadtverordneten verschickt, die nicht anwesend waren? Wie erfahren diese, was in der Beratung diskutiert wurde? Gibt es dazu ein Protokoll? »Bei einem Meinungsbildungsprozeß unter Abgeordneten haben die Bürger ein Recht auf Öffentlichkeit. Warum wurde die Öffentlichkeit ausgeklammert?« Schließlich: »Halten Sie es nicht für an der Zeit, Bürgernähe nicht nur zu propagieren, sondern täglich zu beweisen und jegliche Zweifel schon im Vorfeld auszuräumen?«

Bürgermeister Boginski enthielt sich einer Antwort. Er werde die Fragen an das Rechtssamt weitergeben. Triller werde dann eine schriftliche Antwort erhalten.

Gentechnikfreie Kommune Eberswalde

Stadtverwaltung sieht sich nicht in der Verantwortung

Eberswalde (bbp). Anlässlich der Tagung von Gentechnikgegnern im Eberswalder Waldsolarheim am 7. und 8. Februar fragte der Stadtverordnete Jörg Schneidereit (DIE LINKE) zur Februar-StVV den Eberswalder Bürgermeister, in welcher Form sich die Stadt Eberswalde als »Gentechnikfreie Kommune« und faktische Gastgeberin auf dieser Tagung offiziell präsentiert habe. Im Jahr 2005 hatte sich die Stadt Eberswalde auf Vorschlag der Linken zur »Gentechnikfreien Kommune« erklärt. Außerdem war die Stadtverwaltung damals von der StVV aufgefordert worden, mit den Landwirten auf dem Territorium der Stadt in Kontakt zu treten, um diese für eine gentechnikfreie Landwirtschaft zu gewinnen. Mit einem Beschluß zum gentechnikfreien Schul- und Kita-Essen erfüllten die Stadtverordneten später den Titel »Gentechnikfreie Kommune« mit weiterem Leben.

Bei dieser Gelegenheit fragte Schneidereit auch nach der aktuellen Umsetzung des StVV-Beschlusses. »Wie viele der Eberswalder Landwirte«, so Schneidereit, »haben sich inzwischen der gentechnikfreien Region Uckermark-Barnim angeschlossen?« Außerdem nahm er Bezug auf die Schlagzeilen, in welche im Jahr 2006 das auf Eberswalder Territorium ansässige Unter-

nehmen MÄRKA als Förderer von Gentechnik in der Landwirtschaft geriet. Inzwischen gab es bei MÄRKA einen Eigentümerwechsel. »Welche Informationen liegen Ihnen zum aktuellen Umgang dieses Unternehmens mit dem Problem Gentechnik in der Landwirtschaft vor?«

Der 1. Beigeordnete Lutz Landmann übernahm es, kurz auf die erste Frage mündlich zu antworten. Die Stadt sei in die Vorbereitung der Tagung nicht einbezogen worden, sagte Landmann (vgl. dazu den Artikel auf Seite 5), und die Stadtverwaltung habe sich auch nicht einbezogen gefühlt. Insoweit könne auch nicht davon gesprochen werden, daß die Stadt Gastgeberin gewesen sei. Daher sei auch niemand von der Stadtverwaltung bei der Tagung zugegen gewesen. In Eberswalde, so Landmann weiter, würden zahlreiche Tagungen der verschiedensten Veranstalter stattfinden. Da sei es gar nicht möglich, jedesmal einen Vertreter hinzuschicken. Auf die besondere Verantwortung der Stadt als »Gentechnikfreie Kommune« ging Landmann nicht ein.

Die anderen Fragen sollen schriftlich beantwortet werden. Der 1. Beigeordnete ließ allerdings kurz durchblicken, daß es »Probleme bei der Umsetzung« des Beschlusses gebe.

Der Wind des Widerstandes

Bundesweite Tagung gegen die Agro-Gentechnik in Eberswalde

»Auf die Bewegung kommt es an«. Unter diesem Motto trafen sich am ersten Februar-Wochenende Kritikerinnen und Kritiker der Agro-Gentechnik im Eberswalder Waldsolarheim. In Brandenburg befinden sich auch in diesem Jahr wieder die meisten Genmais-Flächen. Dort ist die Aussaat von MON 810 geplant. 1.650 Hektar waren zum 18.02. im bundesweiten Standortregister des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) für die märkischen Felder angemeldet. Daher wollten die OrganisatorInnen unbedingt ein Zeichen setzen und das Treffen ins Hauptanbauland verlegen. Eine gute Idee.

Auf der bundesweiten Tagung der gentechnikfreien Regionen und Initiativen diskutierten 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Vorträge, Workshops und Diskussionsrunden bildeten die Grundlage für einen erfrischenden Austausch. Dabei waren Mitglieder von Bürgerinitiativen gegen Gentechnik, engagierte Landwirtinnen und Landwirte, sowie Studierende der FH Eberswalde. Imkerverbände und Umweltgruppen waren ebenfalls vertreten. Auch Politikerinnen und Politiker der LINKEN und Grünen nutzten die Chance zum Austausch. Im Zentrum der Tagung standen Strategien und Aktivitäten gegen Gentechnik im Essen, auf dem Acker und im Stall. Veranstalter wurde sie von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), dem Anbauverband Bioland, dem BUND, dem Gen-ethischen Netzwerk, dem Projekt »Gentechnikfreie Regionen in Deutschland« und Greenpeace. »Noch vor zehn Jahren waren wir eine der wenigen Organisationen, die zu Gentechnik gearbeitet haben«, sagte Ulrike Brendel, Gentechnikexpertin bei Greenpeace, »heute sind wir eine von vielen.« Die Bewegung wächst und scheint in der Mitte der Gesellschaft angekommen zu sein. Den Profitmaximierungsinteressen der Agrarkonzerne bläst der Wind des Widerstandes entgegen.

Der Blick der Veranstaltung ging von Europa über den Atlantik in das Gentechnik-Anbauland Nummer 1. Die USA ist mit 60 Millionen Hektar trauriger Spitzenreiter. Der amerikanische Reisanbauer Greg Massa machte Halt in Eberswalde, um über die Probleme der Koexistenz – dem Nebeneinander von gentechnisch verändertem und normalem Reis – zu berichten. Als Präsident der Vereinigung der kalifornischen Reisbauern berichtete Herr Massa über die Anbausituation in den USA und über die damit verbundenen Schwierigkeiten. Kontaminationen würden auch über größere Distanzen nachgewiesen. Besonders für Biobauern sei dies Existenz bedrohend, weil sie ihre entsprechend zertifizierten Produkte dann nicht mehr verkaufen könnten.

Der Sonntag war geprägt vom Austausch und gemeinsamen Planungen. Gute Erfahrungen wurden weiter gegeben, Termine vereinbart und gemeinsam über knifflige Herausforderungen nachgedacht. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer berichteten über erfolgreiche Feldbesetzungen, kontroverse Debatten mit Landwirtschaftsbetrieben und gute Informati-



Aktion gegen Gentechnik am 3. März 2006 auf dem Eberswalder Karl-Marx-Platz. Anschließend gab es eine Traktor-Demo zum Getreidehändler MÄRKA.

onsveranstaltungen. Aber auch knifflige Fragen wurden gestellt. Wie soll ich mit Nazis in einer Bürgerinitiative gegen Gentechnik umgehen? Gerade in Mecklenburg-Vorpommern, wo sich die NPD im Landtag gegen die Agro-Gentechnik stark macht, ist das ein allgegenwärtiges Problem. Auch Motivationskünste waren gefragt. »Jetzt ist unser Genfeld weg und die BI zusammengebrochen«, stellte eine Aktivistin fest. »Wir können ja Tagesreisen zu unseren Feldern anbieten«, kommentierte ein Vertreter des »Aktionsbündnis gentechnikfreie Landwirtschaft Berlin-Brandenburg« süffisant.

Die Tagung war ein voller Erfolg. Auch wenn sich leider die gastgebende »Gentechnikfreie Kommune Eberswalde« nicht blicken ließ. Der Einladung der Veranstalter, der Eberswalder Bürgermeister möge ein Grußwort zur Eröffnung halten, wurde leider nicht gefolgt. Die FDP ist sowieso keine Freundin der gentechnikfreien Landwirtschaft. Die CDU auch nicht, daher gibt es auch 2009 wieder viel zu tun: Die neue Genmais-Anbausaison steht bevor und die EU-Zulassung von zwei neuen Genmais-Sorten zum Anbau soll verhindert werden. Wie jedes Jahr wird es auch 2009 Aktionen und Proteste gegen den Anbau von gentechnisch verändertem Mais geben. Der Plan in Weesow (OT von Werneuchen) einen Genmaisversuch durchzuführen hat viele bereits auf die Barrikaden getrieben. Zum Glück erfolgreich. Der Versuch findet nicht statt.

Mehr Infos unter: www.gentechnikfreies-brandenburg.de

CHRISTIAN REHMER, DIE LINKE. Bernau

Landrat ohne Namen?

Viele Barnimer dürften den Namen ihres Landrates Bodo Ihrke noch nicht einmal kennen. Das jedenfalls glaubt der CDU-Kreistagsabgeordnete Dr. Thomas Jakobs. Damit sollte er nicht daneben liegen.

Im Vorfeld der Kommunalwahlen 2008 hatte ich mir den Spaß erlaubt, Eberswalderinnen und Eberswalder nach dem Namen des Kreischefs zu fragen. Etwa 100 Meter vom »schönen« Paul-Wunderlich-Haus, dem Sitz des Landrates, entfernt. Es waren 30 an der Zahl. Doch nur 2 Personen konnten mir den richtigen Namen nennen. Ich gebe zu, die Umfrage war alles andere als repräsentativ, dürfte dennoch ein Stimmungsbild nahe der Realität zeichnen. Der Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski ist bereits nach zwei Amtsjahren populär. Durch seine beherzt klare Positionierung in Sachen Sondermüllverbrennungsanlage Theo Steil gewann er bei den Bürgerinnen und Bürgern an Ansehen. Bodo Ihrke hingegen – mit seinen 19 Amtsjahren als Landrat schon ein kommunalpolitisches Methusalem – gilt in der Bevölkerung von Bernau bis Eberswalde immer noch als Unbekannter. Das sollte ihm zu denken geben.

In der Märkischen Oderzeitung nimmt Dr. Jakobs diesen Umstand nun zum Anlaß, daß der Landrat doch lieber durch den Kreistag gewählt werden sollte, weil ansonsten die Wahlbeteiligung mies ausfallen könnte. Dies kann ich nur kopfschüttelnd zur Kenntnis nehmen. Wenn Bürgermeister direkt gewählt werden dürfen, warum sollte für Landräte nicht gleiches gelten? Würde man mit einer Direktwahl nicht ein Zeichen setzen, daß sich die Bevölkerung hierdurch zukünftig besser mit ihrem Kreisfürsten identifizieren kann? Doch mit dem alten Landrat Bodo Ihrke hat man es sich bequem eingerichtet. Diejenigen, die an den Trögen sitzen, werden dort weiterhin den Ton angeben. Spielchen um Pöstchen und Ämter sind beliebt. Und wäre es böswillig, wenn ich behaupten würde, daß auch der neue Barnimer Kreistag ein großer Klüngelhaufen ist, der sich wohlwollend um den Landrat schart?

Einige Kreistagsabgeordnete sind davon ausgenommen, die besten Willens eine bürgernahe und transparente Politik jenseits der Hinterzimmer anstreben. Diejenigen wissen schon, daß ich sie von meiner Kritik ausnehme...

Dr. ANDREAS STEINER

»KonsumGlobal«

Potsdam (baju). Die BUNDjugend Brandenburg bietet am 28. und 29. März ein kostenloses Seminar für Jugendliche und junge Erwachsene zum Thema Nachhaltigkeit und Globalisierung an. Wenn man sich eigene Gedanken zu diesen Themen machen und sein Wissen anderen vermitteln will, dann einfach an dem Seminar teilnehmen und konsumkritischer Stadtführer werden! Genauere Informationen unter: www.bundjugend-brandenburg.de.

»Einstein«-Erinnerung

Eberswalde (bbp). Nachdem im Juli 2008 der Schulbetrieb im Gebäude der ehemaligen Oberschule »Albert Einstein« im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde endgültig eingestellt wurde, erfolgte im August und September der Abriß des Gebäudes. Das Gelände wurde eingeebnet. Die entstandene Freifläche soll nun gestaltet werden. Einen Bedarf als Spiel- und Sportplatz hat bereits die benachbarte Grundschule »Schwärsese« angemeldet. Im Sprecherrat des Brandenburgischen Viertels wurden Gedanken diskutiert, hier eine Freizeitfläche zu gestalten, die von allen Einwohnerinnen und Einwohner des Viertels genutzt werden kann. Doch auch eine Erinnerung an die abgerissene »Albert-Einstein-Oberschule« soll in die Gestaltung einbezogen werden.



Eine erste Anregung dazu äußerte Hartwin Schulz vom benachbarten Dietrich-Bonhoefer-Haus, seit 2006 offizieller Kooperationspartner der Einstein-Oberschule, bereits zur »Schulabrißfeier« am 16. Juli 2008 (BBP 8/2007). Der »Einsteinrat«, in dem sich Schülerinnen und Schüler, Eltern und Menschen aus dem Stadtteil während des Kampfes um den Erhalt der Schule zusammengefunden hatte, rief bald darauf auf, Vorschläge für die Form der Erinnerung zu machen (BBP 9/2008). »Wir schlagen vor«, schrieb Hartwin Schulz nochmals im Januar im Namen des Einsteinrates, »auf diesem Gelände eine Erinnerung (Tafel, Denkmal, Baum der Erinnerung o.a.) für die Schule zu erstellen«. Zugleich kündigte er an, daß der Einsteinrat in diesem Sommer mit einer Veranstaltung an die Schließung der Schule öffentlich erinnern werde. Dabei werde es nicht nur um die Schulschließung an sich gehen, sondern auch um die Art und Weise, WIE diese Schule geschlossen wurde. Aus der Stadtverwaltung war inzwischen zu erfahren, daß eine Erinnerung an die »Albert-Einstein-Oberschule« fester Bestandteil der Planungen für die neue Freizeitfläche sei. Demnächst gebe es im »Freizeitschiff« der WBG in der Priegnitzer Straße ein Stadtteilforum, bei dem auch diese Vorschläge diskutiert werden könnten.

Öffentliche Fraktionssitzung am 9.3.

DIE LINKE in der StVV Eberswalde berät zu Ein-Euro-Jobs und Rechtsextremismus

Für den 9. März ab 18.15 Uhr lädt die Fraktion der Linken in der Stadtverordnetenversammlung von Eberswalde in das Café am Weidendamm zu einer öffentlichen Fraktionssitzung ein. Zwei wichtige Themen stehen auf der Tagesordnung. Zum einen will sich die Fraktion mit dem Leiter der Projektgruppe Öffentliche Beschäftigungsgruppe der Stadt Eberswalde Thomas Holzhauer und dem zuständigen Fachbereichssekretär des ver.di Bezirkes Uckermark/Barnim und Mitglied des Beirates der ARGE des Job-Center Barnim Dieter Korte über den Einsatz von Langzeitarbeitslosen in Beschäftigungsverhältnissen mit Mehraufwandsentschädigung, den sogenannten Ein-Euro-Jobs, und anderen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten beraten. Die Linke will si-

cher stellen, daß für die Beschäftigten in diesen Arbeitsverhältnissen Regeln zum Arbeitsschutz und zur Arbeitszeit auch tatsächlich eingehalten werden und sie Aufgaben erhalten, die den Kriterien für diese Jobs entsprechen und in denen sie sich selbst auch weiter entwickeln können.

Ein zweites Thema der Fraktionssitzung ist die aktuelle Bedeutung der rechtsextremen Szene in Eberswalde und die Möglichkeiten zum Widerstand auf kommunaler Ebene. Als Experten hat sich die Fraktion Herrn Kai Jahns eingeladen. Die Fraktionssitzung ist offen für die Bürger von Eberswalde, eine Teilnahme an der Diskussion ausdrücklich erwünscht.

WOLFGANG SACHSE, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE in der StVV Eberswalde

Antiquierte Arbeitsmarktpolitik

Alternativen zu Ein-Euro-Jobs müssen endlich in die Praxis umgesetzt werden

Die Schädlichkeit von Ein-Euro-Jobs für Arbeitsmarkt und Volkswirtschaft dürfte inzwischen jedem hinlänglich bekannt sein. Dennoch beginnen die Kommunen gerade jetzt mit der massiven Schaffung dieser Stellen. So auch die Stadt Eberswalde, die ungeachtet des Protestes der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di im Zeitraum von drei Jahren allein 1.250 (!!!) Ein-Euro-Jobs einrichten möchte. »Prügelknabe« dabei ist der Leiter der Projektgruppe Öffentliche Beschäftigungsförderung, Thomas Holzhauer, der dieses Vorhaben im Auftrag des Bürgermeisters Friedhelm Boginski umzusetzen und gegenüber der Öffentlichkeit zu verteidigen hat.

Fakt ist: In Eberswalde wird eine antiquierte Arbeitsmarktpolitik mit Nachdruck vorangetrieben, obwohl es zu den unsäglichen Ein-Euro-Jobs sinnvolle Alternativen gibt.

Bereits 2006 entwarf die Berliner Kampagne gegen Hartz IV einen entsprechenden Leitfaden mit dem Titel »Alternativen zu den Ein-Euro-Jobs«. Kernbotschaft dieses Papiertes: Ein-Euro-Jobs sollen nicht alternativlos gestrichen, sondern im Interesse der Arbeitslosengeld-II-Bezieher/innen durch anerkannte und würdige

Beschäftigungsmöglichkeiten ersetzt werden. Die Vorzüge gegenüber der aktuellen Praxis der Ein-Euro-Jobs werden darin gesehen, daß die Tätigkeiten frei gewählt werden können und als Teilzeitarbeit voll sozialversicherungspflichtig sind. Dadurch bieten sie mehr Würde und gesellschaftliche Anerkennung. Der Vorschlag richtet sich ausdrücklich gegen die flächendeckende Durchsetzung von Niedriglohnstandards. Daher soll die Arbeitszeit auf 20 Stunden begrenzt werden. Durch entsprechende Richtlinien, begleitende Gremien, Transparenz und kontinuierliche Kontrolle sollen Verdrängungseffekte verhindert werden.

Aus Sicht der Initiatoren ist dieses Konzept kurzfristig realisierbar, weil das vorgeschlagene Förderinstrument weitgehend kostenneutral eingesetzt werden kann. Hiermit fordere ich die neu gewählten Abgeordneten in den Kommunalparlamenten und Gemeindevertretungen des Landkreises Barnim auf: Entwickeln Sie gemeinsam mit den Verwaltungen – u.a. auf Basis der Berliner Initiative – schnellstens ein tragfähiges Konzept für eine moderne regionale Arbeitsmarktpolitik!

Dr. ANDREAS STEINER

Mehr Rechte für »Sachkundige«

Eberswalde (bbp). Eine stärkere Einbeziehung der sachkundigen Einwohner in den Ausschüssen wünscht sich der Vertreter der Grünen im Sozialausschuß Dr. Andreas Steiner. Mit seiner Forderung nach Stimmrechten für die Sachkundige war er jüngst gescheitert. Seine Ausschußkollegen hatten ihn allzu wörtlich genommen. Ihm sei klar, daß sachkundige Einwohner in den Ausschüssen ohne Stimmrecht nur beratend tätig sind. Ihm sei es auch gar nicht darum gegangen, den Sachkundigen entgegen der Kommunalverfassung ein Stimm-

recht einzuräumen, ließ er jetzt die Ausschußvorsitzende Angelika Röder (SPD) wissen. Vielmehr gehe es ihm um die »Abfragung eines Meinungsbildes der sachkundigen Einwohner«. Das bedeute konkret, daß die Sachkundigen vor Abstimmungen ihre Meinung kundgeben dürfen, indem sie mit ja, nein oder Enthaltung votieren. Damit werde nach Auffassung von Dr. Steiner den Regelungen der Kommunalverfassung Rechnung getragen. Zugleich erhalten die Meinungen der Sachkundigen Einwohner einen höheren Stellenwert.

Akademie Solidarische Ökonomie gegründet

Am 22. Juni 2008 kamen etwa 50 Frauen und Männer aus ganz Deutschland auf Burg Bodenstein zusammen, um die »Akademie auf Zeit Solidarische Ökonomie« zu gründen. Sie will in einem Zeitraum von etwa zwei Jahren arbeiten, nicht zuletzt auch um einen Beitrag zur Vorbereitung der Welt-Konvokation des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) zum Abschluß der Ökumenischen Dekade zur Überwindung der Gewalt im Jahre 2011 zu leisten.

Den Anstoß dazu gab die Jahrestagung 2007 des Ökumenischen Netzes in Deutschland (ÖNID) in der Erkenntnis, daß die Ziele des Konziliaren Prozesses der Kirchen für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung in dem bestehenden Wirtschaftssystem des globalisierten Kapitalismus nicht erreicht werden können. Es ist somit die Hauptaufgabe der Akademie, der herrschenden, lähmenden These von der Alternativlosigkeit des bestehenden Systems mit wissenschaftlichem Anspruch entgegenzutreten und zu zeigen: Doch, es gibt eine Alternative. Wir nennen sie Solidarische Ökonomie.

Die Alternativlosigkeitsthese wird ja meist in der Form: »Zur Marktwirtschaft gibt es keine Alternative« behauptet und mit dem welthistorischen Zusammenbruch des östlichen Staats-

dirigismus begründet, wobei aber stillschweigend unterstellt wird, daß Marktwirtschaft und Kapitalismus identisch seien und daß jener Staatsdirigismus die einzig mögliche, aber gescheiterte Alternative zum Kapitalismusgewesen sei.

Demgegenüber will die Akademie zeigen, daß der Kapitalismus schwere systemische Fehler aufweist, die ihn strukturell ungerecht und ökologisch unverträglich machen und die in der gegenwärtigen Finanzkrise offen zutage treten, daß es in der Praxis längst Ansätze und Modelle solidarischer Ökonomie gibt, die durchaus volkswirtschaftliche Dimensionen annehmen können und darauf warten, in einer globalen Krise des bestehenden Systems kooperativ zu wachsen und sich zu entwickeln, um ein neues, gerechteres Wirtschaftssystem hervorzubringen, damit es nicht zu einer Katastrophe wie 1929/1930 kommt, deren Ergebnis der Faschismus und der II. Weltkrieg war, und daß für die Kirche(n) aus dieser Situation eine historisch zu nennende Herausforderung zum Bekenntnis und zum Handeln erwächst.

Die Akademie hat aus dem Kreis ihrer ordentlichen und korrespondierenden Mitglieder sechs Arbeitsgruppen gebildet, die nach dem Muster der Ökumenischen Versammlung der

DDR 1988/89 zwischen den Plenartagungen zusammenkommen. Es sind die folgenden:

1. Leitvorstellungen und Prämissen einer Solidarischen Ökonomie
2. Systementwürfe Alternativer Ökonomie (Definition, systemische Fragen)
3. Politische Rahmenbedingungen, Strategien für gesellschaftlichen Wandel
4. Modelle und Projekte (sammeln, systematisieren, bekannt machen, vernetzen, beraten),
5. Bildung und Öffentlichkeit: Bewußtseinswandel, Paradigmenbildung, Öffentlichkeitsarbeit
6. Kirche und Theologie (prophetischer Auftrag der Kirche, processus confessionis, Ökumene)

Selbstverständlich arbeitet die Akademie mit der entsprechenden Arbeitsgruppe von ATTAC zusammen.

Wer Interesse an einer Mitarbeit hat, möge sich bei mir unter fischbeck@kommunitaet-grimmnitz.de melden. Eine erste Plenartagung nach der Gründungstagung hat vom 7.-9. Nov. 2008 bei der Adam-von-Trott-Stiftung in Imshausen stattgefunden. Die nächste wird am 20.-22. März in der Zukunftswerkstatt Germete bei Kassel durchgeführt.

Dr. HANS-JÜRGEN FISCHBECK,
Kommunität Grimmnitz, Joachimsthal

Bürgerhaushalt und Ortsteile

Eberswalde (bbp). Mit drei Vorschlägen für die Satzung zum Bürgerhaushalt hatte sich der Ortsvorsteher des Brandenburgischen Viertels Carsten Zinn im Finanzausschuß am 12. Februar und in der Hauptausschußsitzung am 19. Februar zu Wort gemeldet. Dabei ging es ihm vor allem darum, die Rolle der Ortsteile bei der Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger stärker hervorzuheben. Der Paragraph 1 (Bürgerhaushalt) sollte daher insoweit ergänzt werden, daß die Stadt Eberswalde »ihre Einwohner/innen in den Ortsteilen an der Aufstellung des Bürgerhaushalts« beteilige. In Paragraph 2 (Bekanntgabe des Entwurfs für den Bürgerhaushalt) sollte auf Vorschlag des Ortsvorstehers der Passus aufgenommen werden, daß der Entwurf nicht nur im Internet und im Rathaus eingesehen werden kann, sondern auch in den Verwaltungsaußenstellen in den Ortsteilen. In § 3 (Vorschlagsrecht) hätte Zinn gerne die Ergänzung gesehen, daß eMail-Adressen genannt werden, an welche die Vorschläge gesendet werden können. Außerdem kritisierte er die Forderung, wonach für Vorschläge, die finanzi-

elle Auswirkungen auf den Haushalt haben, nach Möglichkeit Finanzierungsquellen aufgezeigt werden sollten. Damit seien, so Zinn, die meisten Bürgerinnen und Bürger überfordert, was die Gefahr in sich berge, daß die Beteiligung am Bürgerhaushalt sehr stark eingeschränkt werde. Für die Ortsvorsteher sollten zudem eine geeignete Möglichkeit gefunden werden, um sie »zeitnah zu den eingereichten Vorschlägen ihres Ortsteiles zu informieren«.

Mit seinem Ansinnen hatte Ortsvorsteher Carsten Zinn wenig Erfolg. In dem am 26. Februar von der StVV beschlossenen Satzungstext fand sich keine seiner Anregungen wieder. Auf der Finanzausschußsitzung war ihm seitens des Bürgermeisters beschieden worden, daß die Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher doch die Einwohnerversammlungen nutzen sollten, »um den Bürgerinnen und Bürgern ihres Ortsteils Fragen zum Haushalt zu beantworten«. Eine ortsteilspezifische Aufschlüsselung des Bürgerhaushaltes sei nicht möglich, wichtig sei »eine umfassende Information für die Bürgerinnen und Bürger«.

Mehr Bürgerbeteiligung

In die aktuelle Diskussion um die neuen Satzungen der Stadt Bernau bringt die Fraktion DIE LINKE zahlreiche Änderungsvorschläge ein, die sich insbesondere auf die Stärkung der Bürgerbeteiligung richten. »Die Verwaltung hat mit ihren Vorlagen das Minimum dessen, was die Kommunalverfassung vorsieht, berücksichtigt. Wir wollen mehr«, so Fraktionsvorsitzende Dr. Dagmar Enkelmann. Die Fraktion hat sich in ihrer letzten Sitzung darauf verständigt, u.a. in der Einwohnerbeteiligungssatzung zu regeln, daß auch auf Antrag von mindestens zwei Fraktionen der SVV oder eines Ortsbeirates durch den Bürgermeister Einwohnerversammlungen einzuberufen sind. Auf Vorschlag der Verwaltung sollte das im wesentlichen in der Entscheidungsbefugnis des Bürgermeisters liegen bzw. durch einen Einwohnerantrag, der von mindestens 5 % der Einwohner unterschrieben sein muß, möglich gemacht werden.

Desweiteren schlägt die Fraktion vor, rechtzeitig vor der Entscheidung über Straßenbauvorhaben Anliegerversammlungen zwingend vorzuschreiben, auf denen die Bürgerinnen und Bürger über das Projekt, aber auch über die sich daraus ergebenden Beiträge informiert werden und in denen sie ihre Vorschläge einbringen können.

Neu geregelt werden soll auch ein Petitionsrecht der Bürger sowie die Aufstellung eines Bürgerhaushalts.

Kontakt Eberswalde e.V.
Havellandstraße 15
16227 Eberswalde
Tel./Fax: 03334/383070
eMail: kontakt-ebw@t-online.de

Unsere Bibliothek bietet ein reichhaltiges Bücherangebot für alle Leseinteressenten.
Regelmäßige Freizeitangebote, gemütliches Beisammensein, Internet, Sprachkurse, Lernhilfe, Schach sowie Spaß und Spiel in netter Atmosphäre warten auf alle Interessenten.
Öffnungszeiten: Mo-Do, 9-19 Uhr
Kontaktieren Sie uns!!!

Wir laden Sie ein!!!

18. Treffen der SBB in Schwedt:

Protestauftakt 2009

Demonstrationen gegen Sozialabbau, kapitalistische Krise und Krieg!

Am Samstag, den 28. Februar 2009 fand in Schwedt das 18. Arbeitstreffen der »Sozialen Bewegung Land Brandenburg« (SBB) statt. Aus Angermünde, Brandenburg a.d.H., Eberswalde, Eisenhüttenstadt, Finsterwalde, Jüterbog, Ludwigsfelde, Neuruppin, Potsdam, Schwedt und Trebbin fanden sich Vertreter ein, um die gemeinsamen Aktivitäten im Krisen- und Wahljahr 2009 zu beraten und abzustimmen.

Schwerpunkt der Beratung war die Beteiligung an der bevorstehenden globalen Protestwoche, deren bundesweiter Auftakt für die sozialen Bewegungen die Großdemo am 28. März »Wir bezahlen nicht für Eure Krise!« in Berlin und Frankfurt/Main ist. Die SBB wird sich in Berlin daran beteiligen. Ebenfalls in diese Protestwoche integriert sich die 4. Brandenburger Demonstration der SBB, am 4. April in Potsdam. Sie wird auch in diesem Jahr wieder gemeinsam mit dem Potsdamer Ostermarsch durchgeführt. Die Demonstrationen richten sich gegen den fortschreitenden Sozialabbau, gegen die Abwälzung der Krisenfolgen auf die »kleinen« Leute, und gegen die Kriegspolitik. Am 16. Mai 2009 wird sich der DGB mit einer Großdemo in Berlin am Protesttag der europäischen Gewerkschaften beteiligen. Auch hierzu hat die SBB einen Teilnahmebeschluss gefaßt.

Ein weiteres Thema war die Teilnahme am bundesweiten Aktionstag des »Bündnisses gegen Kinderarmut durch Hartz 4« am 14. März 2009. Das Bündnis fordert die Rücknahme der Kürzungen, die bei Einführung von Hartz 4 für Kinder zwischen 7 und 17 Jahren vorgenommen wurden und bis heute verleugnet werden. Diese Kürzung zeigt auf krasseste Weise die haltlos widerrechtliche Art der Festlegung der Regelsatzhöhe allgemein.

www.soziale-bewegung-land-brandenburg.de

Weltweiter Aktionstag 28. März

Das Weltsozialforum 2009 in Belém hat den 28. März zum Aktionstag und Beginn einer weltweiten Mobilisierung für eine neue Weltwirtschaftsordnung ausgerufen. Auf den 28. März als Beginn der »Aktionswoche: Gemeinsam gegen Krieg und Krise« haben sich zahlreiche Organisationen und Initiativen bei einem bundesweiten Bündnistreffen Anfang Januar geeinigt. So vielfältig wie die politische Landschaft sind die Schwerpunkte: Zeit für Systemwechsel – Für eine solidarische Gesellschaft; Die Reichen und Profiteure sollen zahlen; Wir überlassen den Herrschenden nicht das Feld; Menschen vor Profite. In Deutschland gibt es zwei bundesweite Demos in Berlin und Frankfurt (Main).

Die Berliner Demo beginnt um 12 Uhr am Roten Rathaus.

Mit der Bahn zur Demo fahrende Teilnehmer aus Eberswalde empfiehlt sich die Abfahrtszeit 10:54 Uhr vom Hauptbahnhof Eberswalde.

Eberswalder Montagsdemo

Landesverband Freie Wähler Brandenburg e.V. mit Sitz in Potsdam:

Seit 1993 eine Alternative zu Parteien

Der Landesverband besteht seit 1993 als Landesverband und Verein mit Sitz in Potsdam. Unser Landesverband ist der überregionale Zusammenschluß parteifreier Wählergemeinschaften in Brandenburg und ist aus Mitgliedern des Neuen Forum/Bündnis 90 hervorgegangen, die sich nicht mit der Grünen Partei zusammengeschlossen haben. Er steht damit in der Tradition der Bürgerbewegungen in Ostdeutschland und wahrt die völlige parteipolitische Neutralität.

Der Landesverband BürgerBündnis Freier Wähler e.V. hat in seiner Landesmitgliederversammlung am 6. Februar.2009 die Namensänderung in Landesverband Freie Wähler Brandenburg e.V. beschlossen. Die geänderte Satzung wurde vorher mit dem Bundesverband und den Freien Wählern in Bayern abgestimmt. In dieser Landesmitgliederversammlung wurde unter anderem auch der Ortsverband Freie Wähler Eberswalde e.V. in den Landesverband als ordentliches Mitglied herzlich aufgenommen. Zweck des Landesverbandes Freie Wähler Brandenburg e.V. ist es, den Mitgliedern kommunalpolitische Informationen und Organisationshilfen zu vermitteln, ohne Einflußnahme auf die Sachpolitik der einzelnen Mitglieder zu nehmen. Alle Mitglieder sollen ihren bekannten Namen und ihre regionale Identität erhalten. Die Mitglieder in unserem

Hartz IV-Kinder:

Keine Kindergelderhöhung und gekürzter Regelsatz

Ab 1.1.2009 bekommen Kinder, die keine Hartz-IV-Leistungen beziehen, 10 bzw. 16 Euro mehr Kindergeld. Die Bundesregierung erkennt damit an, daß alle Kinder mehr brauchen. Nur die Kinder aus Hartz IV-Familien schließt sie von der Erhöhung aus, denn bei ihnen wird das Kindergeld auf ihren Regelsatz angerechnet.

Schlimmer noch: die Bundesregierung hält auch jetzt noch daran fest, Kindern im Alter von 7 bis 17 weiterhin nur eine um rd. 40 Euro gekürzte Regelleistung zu zahlen. Seit Einführung von Hartz IV weigert sie sich anzuerkennen, daß Kinder von 7 bis 13 Jahren wachstumsbedingt einen höheren Regelsatz brauchen als Säuglinge und daß Jugendliche einen höheren Bedarf haben als erwachsene Haushaltsangehörige.

Das Bündnis gegen Kinderarmut durch Hartz IV fordert deshalb die sofortige Wiederanerkennung des Wachstumsbedarfs von Kindern im Alter von 7 bis 17 Jahren, d.h. die sofortige Rücknahme der Kürzung ihrer Regelleistung. Bisher unterstützen über 200 Organisationen, Organisationsgliederungen und Initiativen diese Forderung, ferner Prominente wie Friedhelm Hengsbach, Franz Segbers, Detlev Hensche, Prof. Rudolf Hickel und Christoph Butterwege.

Landesverband leben ein Miteinander und Füreinander aller Bürgerbewegungen in Brandenburg und mischen sich nicht in regionale wichtige Wahl-Programmpunkte ein. Ein offener und freundlicher Umgang und der Respekt vor der kommunalpolitischen Arbeit der Mitglieder sind uns dabei sehr wichtig. Unsere Mitgliederversammlungen sind geprägt von guter Laune, sachlicher Diskussion, gegenseitiger Akzeptanz und konstruktiven Ideen für die gemeinsame Arbeit.

Der Landesverband Freie Wähler Brandenburg e.V. lehnt jede Art von politischen Radikalismus, persönlichem Machtstreben und von Gewalt ab. Mitglieder können Ortsverbände, Kreisverbände und Regionalverbände freier und unabhängiger Wählergemeinschaften in Brandenburg werden. Der Erwerb der Mitgliedschaft im Landesverband setzt voraus, daß der jeweilige Orts-, Kreis- oder Regionalverband in keinem Widerspruch zu Zweck und Ziel des Landesverbandes steht, insbesondere die Mitgliedschaft von Parteiangehörigen ausgeschlossen hat. Mehr Informationen finden sie unter www.fw-brandenburg.de

UTE BANKWITZ

Der Potsdamer Landesverband der Freien Wähler ist nicht identisch mit den in der BBP 2/2009 von Johannes Madeja vorgestellten Freien Wählern Brandenburgs, die unter Beteiligung der Partei 50Plus agieren.

Der Regelsatz von Kindern im Alter von 7 bis 13 muß wieder 20 % höher sein als der von Säuglingen (253 Euro statt 211 Euro) und der von 14 bis 17-Jährigen wieder 90 % des Eckregelsatzes statt 80 % (316 Euro statt 281 Euro).

SBB

www.kinderarmut-durch-hartz4.de

<http://soziale-bewegung-land-brandenburg.de>

Die »Soziale Bewegung Land Brandenburg« (SBB) faßte auf ihrem 15. Bündnistreffen am 7. Juni 2008 in Frankfurt/Oder den Beschluß, der Bündnisplattform gegen »Kinderarmut durch Hartz 4« beizutreten. 68.100 Kinder unter 15 Jahren müssen laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit (letzter Stand von August 2008) in Brandenburg von ALG II leben. Das ist in unseren Augen, vor allem unter Betracht der oben genannten Bedingungen, ein Skandal! Deshalb fordert auch die SBB mit Nachdruck die sofortige Rücknahme der Kürzungen der Eckregelsätze für Kinder, die mit Einführung von Hartz 4 ohne jegliche Beachtung der Mindestbedürfnisse von heranwachsenden Kindern vorgenommen wurden! Wir werden im Jahr 2009 im Rahmen der Bündnisplattform unseren Druck verstärken, um diese Sofortforderung neben weiteren Schritten gegen Kinderarmut wie anrechnungsfreiem Kindergeld, Einschulungsbeihilfen und einer generellen Erhöhung der Regelsätze, durchzusetzen.

»Gebührenerhöhungen nur allerletztes Mittel«

Der Stadtverordnete Carsten Zinn sprach mit der Verbandsspitze des ZWA Eberswalde

Eberswalde (bbp). Anlässlich der Anfrage von Carsten Zinn (DIE LINKE) in der Dezember-StVV zu avisierten Gebührenerhöhungen ab 2010 beim Zweckverband für Wasserver- und Abwasserentsorgung Eberswalde (ZWA) hatte Verbandsvorsteher Wolfgang Hein dem Fragesteller, aber auch allen anderen Stadtverordneten, das direkte Gespräch angeboten. Am 20. Februar nahm Carsten Zinn die gebotene Chance wahr und informierte sich direkt.

Dem Verbandsvorsteher standen sein Stellvertreter Stefan Lux und die kaufmännische Leiterin Petra Walter zur Seite. Wolfgang Hein gab zunächst einen kurzen historischen Abriss über die Höhen und Tiefen des Verbandes seit der Wende. Der Zusammenbruch der Industrie, der Abzug der Sowjetarmee, die Abwanderung der Bevölkerung und schließlich der zunehmend sparsame Umgang mit dem teurer werdenden Naß waren Faktoren, daß die 1974 im Zusammenhang mit dem SVKE für 400.000 Einwohnergleichwerte gebaute moderne Kläranlage bald als überdimensioniert erscheinen mußte. Anfang der 90er Jahre erfolgten im Bereich des ZWA Eberswalde erhebliche Investitionen, um den Anschlußgrad an die Abwasserentsorgung zu erhöhen und die Kapazität der Eberswalder Kläranlage auf 80.000 Einwohnerwerte zurückzubauen. Doch durch den entgegen der Prognosen stark gesunkenen Wasserverbrauch war die ursprünglich geplante Refinanzierung nicht mehr gesichert. So liegt der Wasserverbrauch im Verbandsgebiet nur bei 80 Liter pro Tag und Einwohner. Zum Vergleich: Im Land Brandenburg werden 100 Liter verbraucht, bundesweit sogar durchschnittlich 125. Wie im ganzen Land Brandenburg und darüber hinaus geriet auch der ZWA Mitte der 90er Jahre in Schwierigkeiten. Es bedurfte erheblicher Anstrengungen und der Liquiditätshilfe durch das Land, um diese schwierige Phase zu überstehen. Besonders der damalige Landtagsabgeordnete Peter Kikow (SPD) habe sich sehr gegenüber dem Land engagiert, um das Sanierungskonzept durchzusetzen. Dank der Anstrengungen liegen die Gebühren des ZWA heute beim Abwasser im Landesvergleich auf mittlerem Niveau und beim Trinkwasser im unteren Bereich. Beim Trinkwasser konnten die Gebühren über zehn Jahre von 1996 bis 2007 gleichgehalten werden. Erst im Jahr 2007 erfolgte eine Anpassung.

In dem Zeitungsbericht, auf den sich Carsten Zinn bei seiner Anfrage bezog, ging es um die »Grundsatzplanung für die Geschäftsjahre 2008 – 2017«, die auf der Verbandsversammlung am 19. November 2008 vorgestellt wurde. Bei diesem 10-Jahres-Perspektivplan geht es um eine Vorschau mit belastbaren Daten.

Durch sein konsequentes Kreditmanagement konnte der ZWA die Zinsbelastung seit 1996 erheblich mindern. Seit Ende 1996 gab es

keine Kreditaufnahmen mehr. Insgesamt wurden die Verbindlichkeiten um über 31 Millionen Euro abgebaut. Die Zinsbelastung sank bis 2008 gegenüber 1996 um rund 4,6 Millionen Euro pro Jahr. Das entspricht fast einer Halbierung der Belastung. Im Juni 2006 beschloß die Verbandsversammlung Maßnahmen, in deren Umsetzung der ZWA bis 2015 hinein Finanzierungssicherheit hat. Es wurden langfristige Zinssätze um die 4 % gesichert. Gemäß Jahresabschluß 2007 liegt der durchschnittliche Zinssatz bei 3,9 %.

In seiner Planungsrechnung muß der ZWA allerdings auch die allgemeine Kostenentwicklungen berücksichtigen. Neben der weiterhin negativen demografischen Entwicklung sind es vor allem Kosten für Energie, Transport und Personal (verdi. Gewerkschafter Carsten Zinn vergaß nicht lobend darauf hinzuweisen, daß der ZWA tarifgebunden ist), bei denen künftig mit weiteren Steigerungen zu rechnen ist. Unter Berücksichtigung der prognostizierten Kostenentwicklung ergibt sich für den ZWA für die Jahre 2010 und 2015 jeweils ein Mehrbedarf bei den Erlösen aus Gebühren. Die Planungsrechnung testiert dem ZWA dauernde Leistungsfähigkeit, sofern die Mehrerlöse erfolgen.

»Die Gebührenkontinuität der vergangenen Jahre«, so Wolfgang Hein, »wurde durch eine konsequente Ausgabenpolitik hinsichtlich Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit ermöglicht«. An dieses Prinzip werde man sich auch künftig halten, versicherte der Verbandsvorsteher. Wenn im Mai 2009 der Jahresabschluß für das abgelaufene Jahr vorliegt und es an die Erarbeitung des Wirtschaftsplanes für 2010 geht, werde man sehr verantwortlich mit der Entscheidung umgehen, ob es eine moderate Preisanhebung geben muß. Hein wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß der ZWA als öffentlich-rechtliches Unternehmen verpflichtet sei, ko-

stendeckend zu arbeiten und somit kostendeckende Gebühren zu erheben. »Der ZWA arbeitet nicht gewinnorientiert«, bekräftigte der Verbandsvorsteher. Er versicherte, daß der ZWA rechtzeitig den politischen Raum einbeziehen werde, »wenn moderate Preiserhöhungen nötig sein sollten«. Zuvor werde man alle anderen Möglichkeiten ausschöpfen. »Gebührenerhöhungen sind das allerletzte Mittel«.

Wolfgang Hein informierte seinen Gast, daß derzeit Lösungsvorschläge für eine Umstrukturierung des Gebührensystems erarbeitet werden. Ziel sei, die »gefühlte Ungerechtigkeit«, die von dem Zählermaßstab bei der Grundgebühr ausgehe, zu beseitigen. So würde eine Veränderung, z.B. auf Wohneinheiten, insgesamt zu einer gleichmäßigeren Behandlung führen und die Nachteile für Einfamilienhäuser beseitigen. »Doch was dem einen ein Unrecht ist dem anderen ein Nachteil«, zitierte Wolfgang Hein einen alten Spruch. Bewohner von Mehrfamilienhäusern werden das Problem sicher anders sehen als Eigenheimbesitzer. Es müsse darum gehen, die Interessen weitgehend auszugleichen. Die Diskussionen dazu, bei denen auch der politische Raum gefragt ist, sind noch lange nicht am Ende.

Zum Abschluß wies der Verbandsvorsteher auf den Fleiß und Einsatzwillen der ZWA-Mitarbeiter hin, wodurch die Versorgungssicherheit im Verbandsgebiet nie in Frage gestellt war. Trotz aller Höhen und Tiefen bemühe sich die Verbandsspitze gemeinsam mit dem Personalrat um ein gutes Arbeitsklima im ZWA. »Es geht nur mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern«, so Hein.

Carsten Zinn bedankte sich, daß sich die Verbandsspitze immerhin zwei Stunden Zeit genommen habe, »um die Jungstadterordneten in die Materie einzuführen«. Er könne das Gesprächsangebot des Verbandsvorstehers den anderen Stadtverordneten nur empfehlen.



Gemeinsam für Frieden und soziale Sicherheit, gegen Armut, Hunger und Krieg!

Unter dieser Losung ruft die Soziale Bewegung Land Brandenburg (SBB) zur 4. gemeinsamen Demonstration der SBB und zum 8. Potsdamer Ostermarsch am 4. April in Potsdam auf.

Start: 14 Uhr, Luisenplatz am Potsdamer Brandenburger Tor

Am 4. April feiert sich die NATO zum 60. Jahrestag ihrer Gründung und setzt die Politik militärischer Interventionen fort. Wir meinen: **60 Jahre NATO sind genug!** Seit der Unterstützung der selbstmandatierten Nato-Intervention in Jugoslawien vor 10 Jahren befindet sich Deutschland im permanenten Kriegszustand. Gegenwärtig ist die Bundesrepublik an elf Kriegseinsätzen im Ausland beteiligt.

Nicht einsam – gemeinsam gegen den Sozialabbau und Krieg! Wir bezahlen eure Krise nicht!

Wir wollen nicht länger zuschauen, wie erneut Politik zu unseren Lasten betrieben wird. Wir wollen, daß die Verursacher der Krise und Profiteure der vergangenen Jahre zur Kasse gebeten werden und nicht die Beschäftigten, Erwerbslosen, Rentner/innen, Schüler und Studenten.

Die Eberswalder Montagsdemo ruft auf zur gemeinsamen Fahrt am 4. April mit dem Zug um 11:54 Uhr ab Hbf. Eberswalde.

Antwort auf drängende Fragen war: Wesen, wie wir selber, machen das Wetter. Nur sind sie mächtiger als wir und unsichtbar. Trotzdem versucht man, mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Das war gut so. Wer das am besten spielen kann, wird Medizinmann, Priester, Spezialist für alles, was übers Jagdrevier hinausgeht.

Doch wie man heute zu verstehen beginnt, wurde der Fortschritt selber zum Problem.

Der Fortschritt ist zwiespältig: Gemeinsames menschliches Anliegen, das Wetter und sich selber zu verstehen, wird an Spezialisten delegiert. Mit sich selber ins Gebet zu gehen – eine glänzende Idee – wurde nicht nur allen Menschen geraten, nein, die Menschen sollten sich dabei an Götter wenden und sich abhängig fühlen, wie sie auch abhängig geworden sind von Anführern im Krieg, von Fürsten, von Kaiser, König, Edelmann. Im Laufe der Zeit werden die Medizinmänner mächtig, und schließlich organisieren sie sich als Kirche.

»Die Aufhebung der Religion als des illusorischen Glücks des Volkes ist die Forderung seines wirklichen Glücks. Die Forderung, die Illusionen über seinen Zustand aufzugeben, ist die Forderung, einen Zustand aufzugeben, der der Illusionen bedarf. Die Kritik der Religion ist also im Keim die Kritik des Jammertales, dessen Heiligenschein die Religion ist.« (MEW 1 Seite 379)

Philosophen und Naturwissenschaftler bemühten sich nachzuweisen, daß es aus physikalischen Gründen gar keinen Gott geben kann. Aber Marx hat sich bei diesem Gedanken überhaupt nicht aufgehalten. Er erklärte die Religion als Werk der Menschen:

»Und zwar ist die Religion das Selbstbewußtsein und das Selbstgefühl des Menschen, der sich selbst entweder noch nicht erworben oder schon wieder verloren hat. Aber der Mensch, das ist die Welt des Menschen, Staat, Sozietät. Dieser Staat, diese Sozietät produzieren die Religion, ein verkehrtes Weltbewußtsein, weil sie eine verkehrte Welt sind. Die Religion ist die allgemeine Theorie dieser Welt, ihr enzyklopädisches Compendium, ihre Logik in

Karl Marx im 21. Jahrhundert (6)

Menschheit – Religion – Ökologie

von Dr. Rainer Thiel

Wir Menschen sind in der Klemme und fühlen das, seit wir uns von den Tieren zu unterscheiden begannen: Wir kennen das Dorf, manche vielleicht auch ihre Stadt, heute kennen manche den Strand von Mallorca. Aber wir wissen seit jeher, daß es noch mehr gibt: das Wetter, Blitz und Donner, Schnee und Regen. Doch wer wußte, wann es dazu kommt? Phantasie regte sich – ein Fortschritt in unsrer Geschichte.

populärer Form, ihr Enthusiasmus, ihre moralische Sanktion, ihre feierliche Ergänzung, ihr allgemeiner Trost- und Rechtfertigungsgrund. Sie ist die phantastische Verwirklichung des menschlichen Wesens, weil das menschliche Wesen keine wahre Wirklichkeit besitzt.«

Und Marx fährt fort:

»Das religiöse Elend ist in einem der Ausdruck des wirklichen Elendes und in einem die Protestation gegen das wirkliche Elend. Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, Sie ist das Opium des Volks.« (MEW 1 Seite 378 f.)

Hier breche ich das Marx-Zitat ab, doch ich lenke die Aufmerksamkeit darauf: Die Religion ist ein Ausdruck menschlichen Wesens. Darüber nachdenkend stieß Marx auf die Fragen von Armut und Klassenkampf. Die Religion ist unter anderem auch »Protestation gegen das wirkliche Elend«. Deshalb hat Thomas Müntzer die Bauern im Kampf gegen die Herren geführt. Deshalb hat sich Thomas Müntzer mit Luthers Bindung an die Obrigkeit auseinandergesetzt. Deshalb wurde Thomas von der Obrigkeit gerädert und geköpft. Trotzdem ist Religion vielen Menschen lieb geworden. Deshalb zitiere ich jetzt das aktuelle Gebet eines Pfarrers: »Wir bitten Dich für die Menschen, die ihre tägliche Arbeit ohne Freude tun, weil sie dauernd Angst vor Entlassung haben, weil die Arbeitsbedingungen zu schwer sind, weil sie Dinge tun, die sie nicht durchschauen oder nicht bejahen können, weil die Arbeitsatmosphäre schlecht ist, oder weil ihnen Erfolg und Bestätigung versagt bleiben. Laß uns diese Menschen nicht vergessen. Daß wir

ihre Probleme und ihre Not nicht noch vergrößern, sondern ihnen helfen, dazu zeige uns den Weg.« Ich habe hinzugesetzt: »Dank Dir, Bruder, der Du Dich in der Verantwortung vor den Menschen siehst.«

Der Verantwortung ... vor der Menschheit entsprang auch Marxens Kritik an der Gefährdung unserer kosmischen Heimat, unserer Erde. Marx wußte die Chemie zu schätzen, soweit sie die Bodenfruchtbarkeit erhöht. Doch er fügt hinzu:

Der Fortschritt in der Agrikultur ist zugleich ein Fortschritt »im Ruin der dauernden Quellen dieser Fruchtbarkeit«. (MEW 23 Seite 529)

Heute ist sogar unsere ganze Atmosphäre gefährdet. Das ist eine Menschheitsfrage: Mitglieder der Menschheit denken nicht an unsre Voraussetzung, dauerhaft auf dieser Erde leben zu können. Sie lassen sich gefallen, vom Privateigentum mit Opium versorgt zu werden in Gestalt von einem Übermaß an Autos und Flugzeugen, an Strom und Gas und Spaß. Privateigentümer von Aktien, Produktionsmitteln und Ländereien verdienen daran.

Deshalb schrieb Marx: »Vom Standpunkt einer höhern ökonomischen Gesellschaftsformation wird das Privateigentum einzelner Individuen am Erdball ganz so abgeschmackt erscheinen, wie das Privateigentum eines Menschen an einem Menschen. Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Nutznießer, und haben sie als boni patres familias (gute Familienväter) den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen.« (MEW 25 Seite 784)

Vorbescheid für »Freie Schule Finow« ist da

Eberswalde (bbp). »Zusammenfassend ist festgestellt, daß bei konzeptioneller Nachbesserung hinsichtlich der pädagogischen Konzeption und der erforderlichen Nachreichung zu den Lehrkräften, der beantragten Genehmigung zur Errichtung der Oberschule aus schulfachlicher Sicht zugestimmt werden kann.« Diese Mitteilung des Potsdamer Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport vom 19. Februar ließ beim Verein Freie Oberschule Finow e.V. die Sektorkorken knallen.

Fast zwei Jahre sind vergangen, seit der Verein den Antrag auf Errichtung und Betreibung einer Oberschule in Finow gestellt hatte. Die geforderten Nachbesserungen sind formaler Natur. So besteht der Mangel beim pädagogi-

schen Konzept darin, daß an einer Stelle auf die Paragraphen der alten Sek-I-Verordnung Bezug genommen wurde. In der neuen Verordnung, die nach Antragsstellung in Kraft gesetzt wurde, haben diese Paragraphen eine andere Nummer. Auch die geforderten »Nachreichungen zu den Lehrkräften« resultieren aus der geänderten Verordnung oder, wie die inzwischen nicht mehr aktuellen Führungszeugnisse, aus der langen Bearbeitungszeit und werden nach Auskunft von Schulleiter Günter Schumacher bis zum 15. März dem Ministerium übergeben. »Nach diesem Vorbescheid«, so der Leiter der Freien Oberschule Finow gegenüber der BBP-Redaktion, »können wir endlich davon

ausgehen, daß wir am 31. August unsere Schule eröffnen können«. Wichtig ist das nicht nur zur Absicherung der Finanzierung und zur Bindung des erforderlichen Lehrpersonals, sondern vor allem auch als Voraussetzung für verbindliche Zusagen an die interessierten Schülerinnen und Schüler und deren Eltern. Nicht zuletzt verbesserten sich mit dem Vorbescheid in der Tasche die Chancen, bei potentiellen Sponsoren erfolgreich zu sein.

»Liebe Eltern«, wirbt Günter Schumacher für die neue Schule, »noch haben wir einige freie Plätze in der ersten 7. Klasse, für die am 31. August 2009 der Unterricht an der Freien Oberschule Finow beginnt. Nutzen Sie die Chance!«

Wie krank sind die Eberswalder Bäume?

Im Februar häufen sich die Meldungen über Baumfällungen in Eberswalde. Eine Birke direkt neben dem Kreishaus, mehrere starke alte Eichen in der Nähe des Waldsolarheims, Allee-Kastanien in der Straße Am Krankenhaus, acht Birken an der Tramper Chaussee, eine stattliche Pappel am Kinderspielplatz in der Lehnitzseestraße im Brandenburgischen Viertel...

Bei der Birke stellte sich inzwischen heraus, daß es sich um eine illegale Fällung durch den privaten Grundstückseigentümer handelte. Einer entsprechenden Anzeige geht nun die untere Naturschutzbehörde nach. An der B2 in Richtung Spechthausen waren die Fällungen offiziell angekündigt worden. Auch die »Baumabtragung« am Krankenhaus ist von der Stadtverwaltung vorab mitgeteilt worden. »Ich bin darüber verwundert«, sagt Dr. Andreas Steiner von der Grünen Liga, »daß von einem halben Jahr zum anderen die Bäume erkranken. Wenn die Fällungen dort so weitergehen, ist die schöne Kastanienallee vor dem Werner-Forßmann-Krankenhaus bald Geschichte.« Die Birken an der Tramper Chaussee sind vorerst nur gekennzeichnet, was Dr. Steiner zu einer dringlichen Nachfrage bei der Naturschutzbehörde veranlaßte.



Ein Bild aus besseren Zeiten: Die Pappel im Brandenburgischen Viertel bei Sonnenaufgang.

Die Pappel im Brandenburgischen Viertel schließlich veranlaßte den Ortsvorsteher Carsten Zinn zu einer Anfrage im Stadtparlament. Denn erst im Dezember hatte er auf eine Frage zu den im Oktober erfolgten Fällungen in der Breitscheidstraße zur Antwort erhalten, daß »keine weiteren Fällungen in Eberswalde und den Ortsteilen vorgesehen« seien. Die stattliche Pappel, so hatten ihn Bürger aus dem Viertel in der Ortsvorsteher-Sprechstunde informiert, war den Spielplatznutzern im Hochsommer als Schattenspende höchst willkommen. Es handelte sich in diesem Bereich um den einzigen freistehenden Laubbaum dieser Größenordnung. Ähnliche Laubbäume gibt es dort nun nur noch unmittelbar neben den Wohnblöcken.

»Die Pappel wurde gefällt«, heißt es in der Antwort des Baudezernenten Dr. Gunther Prüger, »da im Stammbereich ein Pilzbefall festgestellt wurde, hinzu kamen starker Mistelbefall, Kronenrücktrocknung und viele trockene Starkäste (Gefahrenbaum). Zudem hatte der Baum in ca. 6 m Höhe einen eingerissenen Druckzwiesel.« Bei Pappeln handele es sich um Weichholz, dies führe besonders bei stark geschwächten Bäumen zum Grünastbruch. Die genannten Schädigungen seien »bei der visuellen Baumsichtkontrolle im Januar« festgestellt worden. »Aufgrund der Schädigungen und der vom Baum ausgehenden Gefahr wurde die Fällung des Baumes veranlaßt.« Eine Genehmigung durch die untere Naturschutzbehörde, danach hatte Carsten Zinn auch gefragt, sei in diesem Fall nicht erforderlich gewesen, »da hier die Brandenburgische Baumschutzverordnung § 2 ... zur Anwendung kommt«, in dem Ausnahmen für »Obstbäume, Pappeln, Baumweiden sowie abgestorbene Bäume innerhalb des besiedelten Bereichs« beschrieben werden.

Carsten Zinn fragte auch an, ob weitere Baumfällungen, die in der Antwort auf seine Anfrage im Dezember nicht erwähnt wurden, erfolgten und ob weitere Fällungen geplant seien. Dr. Prüger antwortete, daß »im Dezember, Januar und Februar ... weitere Baumkontrollen durchgeführt« wurden. »Aufgrund verschiedenster Schadensbilder wurden weitere Fällungen veranlaßt. Im Brandenburgischen Viertel erfolgten diese in der Schwedter Str., Schorfheidestr., Gubener Str. und in der Spreewaldstraße. Weitere Fällungen sind geplant, die aus Kontrollgängen und Baumaßnahmen resultieren.« Nähere Auskünfte dazu unterblieben, da in der Frage nicht ausdrücklich verlangt. Dementsprechend allgemein blieb auch die Antwort von Dr. Prüger auf die 4. Frage des Ortsvorstehers: »Welche Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sind vorgesehen?« Die Antwort: »Bis zum 01.05.2010 werden im Brandenburgischen Viertel vorwiegend auf Freiflächen und an Spielplätzen Bäume gepflanzt.« Dem Frager wurde anheim gestellt, sich bei weiteren Fragen direkt an die zuständige Sachbearbeiterin zu wenden.

Weitere Fragen ergeben sich sehr wohl, wie Carsten Zinn gegenüber der BBP-Redaktion äußerte. Die Antwort des Baudezernenten lasse allgemein auf einen überaus beängstigenden Zustand der Bäume im Eberswalder Stadtgebiet schließen. Der Baumbestand sowohl im Brandenburgischen Viertel als auch im übrigen Stadtgebiet ist in den vergangenen Jahren sichtlich geschrumpft. Immer wieder werden Pilzbefall oder andere Baumkrankheiten als Ursache für die Fällungen angegeben. Bedenklich ist vor allem, mit welcher Dynamik die Baumkrankheiten um sich grei-

fen. Scheinbar vitale und mit prächtigem Grün ausgestattete Bäume werden von einer Baumschau auf die andere so stark von Krankheiten befallen, daß zur Gefahrenabwehr nur noch eine Fällung in Frage kommt.

In diesem Zusammenhang, so Carsten Zinn, sei auch die Kostenfrage zu bedenken. Die Baumfällungen und die dadurch notwendigen Ersatzpflanzungen dürften in der Summe, so sei zu vermuten, den Haushalt der Stadt nicht unerheblich belasten. Zu erfragen sei auch, inwieweit durch rechtzeitige Pflegemaßnahmen die Fällquote gesenkt werden kann. Nicht zuletzt will Carsten Zinn konkrete Angaben erfragen, welchen Umfang die seit Dezember zusätzlich durchgeführten Fällungen haben, welche weiteren Fällungen geplant sind und in welchem Umfang und in welcher Form die erwähnten Ersatzpflanzungen durchgeführt werden sollen.

Dr. Steiner hat übrigens bereits jetzt ange-regt, daß die Ersatzpflanzungen immer in unmittelbarer Nähe zum Standort der gefällten Bäume erfolgen, damit sie auch einen wirklichen Ersatz darstellen.

Nach Redaktionsschluß:

Weitere Baumfällungen

Eberswalde (bbp). Nach Redaktionsschluß gingen weitere Meldungen über beabsichtigte Baumfällungen in Eberswalde bei der BBP-Redaktion ein. So sollten noch in der ersten Märzwoche in der Bahnhofsstraße vier Robinien an der Turnhalle der Grundschule Finow gefällt und ein Baum zurückgeschnitten werden. Alle Bäume seien vollständig abgestorben und stellen laut Mitteilung der Stadtverwaltung eine Gefahr für die Schulkinder und die Nutzer des angrenzenden Parkplatzes dar. Außerdem werde ein Ahorn in der Bahnhofstraße gefällt, »der sich immer weiter neigt«. Die Naturverbände in Person von Dr. Andreas Steiner wurden einen Tag vor der beabsichtigten Fällung informiert, was eine Reaktion nahezu unmöglich macht.

Unklar bleibt bei alledem, wieso zum Zeitpunkt der Anfrage des Stadtverordneten Carsten Zinn im Dezember noch nicht bekannt war, daß die vier Robinien abgestorben sind und der Ahorn sich »immer mehr neigt« und so die Verkehrssicherheit beeinträchtigt.

Baumrückschnitte erfolgten darüber hinaus in der Finower Forststraße. Leider nicht entsprechend der Vorschläge der Baumschützer um Dr. Steiner und Dr. Riedel, die nach den Rückschnitterfahrungen des Vorjahres, als in zahlreichen Straßen in Finow die Straßenbäume ihrer Krone beraubt wurden, einen behutsamen Baumschnitt gefordert hatten.

Vorgeschichte, Motive, Ziele

Vorweg: Die für das Ereignis meistbenutzte Bezeichnung »Kosovo-Krieg« ist ein beschönigender Ausdruck aus dem Arsenal der Meinungsmacher. Nur der Kampf zwischen jugoslawischer Armee und UÇK um Kosovo war ein Kosovo-Krieg. Der NATO-Luftkrieg erfaßte ganz Jugoslawien von der Theiß bis Mazedonien und bis zur Adriaküste Montenegros. Ein winziges Detail zeigt, daß die meisten (west)deutschen »Experten«, Journalisten und Politiker, die angeblich den Balkan so gut kannten, nicht einmal den geographischen Namen der betroffenen Region korrekt gebrauchten. »Der Kosovo« ist schlicht falsch. Der slawische Name – Kosovo Polje – ist wie seine deutsche Übersetzung – Amsfeld – ein Neutrum. Die Kurzform lautet richtig »das Kosovo«. Wer russisch gelernt hat, wie die meisten Ostdeutschen, weiß das. Unsere »politische Klasse« ist aber unwillig, sich mit der Kultur des slawischen Europa ernsthaft zu befassen.

Der Krieg begann am Abend des 24. März 1999. Seine Inkubationszeit reicht aber bis 1990 zurück. Mit dem Kollaps des Realsozialismus in Europa entstand im Osten ein Machtvakuum, das die USA und die EG-Staaten – bei heftiger Konkurrenz untereinander – zu füllen suchten. Bonn und Wien sahen Osteuropa und Balkan als ihr »natürliches« Expansionsgebiet an. In Jugoslawien lockten außer der entwickelten Industrie bedeutende Antimon-, Bauxit-, Chrom- und Kupfervorkommen, im

CHRONIK 1 – Vorkriegsphase

10.6.1998: NATO-Verteidigungsminister beschließen Planung von Militärintervention im Kosovo mit Luftwaffe und Bodentruppen.

Juni 1998: Kinkel erwägt Militäreinsatz gegen Jugoslawien, Rühe u. Fischer: NATO-Einsatz ohne UNO-Mandat möglich. Wahlprogramm der Grünen lehnt Kampfeinsätze ab.

27.9.1998: Bundestagswahl. Sieg von SPD und Grünen.

13.10.1998: Abkommen Milošević-Holbrooke: überwachter serbischer Truppenabzug aus Kosovo.- Erste »Activation Order« der NATO.

15.10.1998: Willy Wimmer (MdB CDU, Vizepräs. d. OSZE-Parlamentarier) gegen Kosovo-Einsatz. Anzeige der DFG/VK gegen Kohl, Rühe, Kinkel, Schröder, Fischer.

16.10.1998: Sondersitzung des (alten) Bundestages beschließt BW-Einsatz in Jugoslawien. Justizminister Prof. Schmidt-Jortzig (FDP) lehnt Kabinettsvorlage als völkerrechtswidrig ab. Burkhard Hirsch (FDP) bestreitet dem abgewählten BT die Legitimität, über Krieg zu entscheiden.

15.1.1999: Kampf um Racak, über 40 tote Albaner.

19.1.1999: Telefongespräch Clinton - Blair.

30.1.1999: Zweite »Activation Order« der NATO.

6.-23.2.1999: Rambouillet (1. Phase)

15.-19. 3.1999: Paris (2. Konferenzphase)

17.3.1999: Pressekonferenz zu Racak-Obduktionen

20./22.3.1999: OSZE-Beobachter aus Kosovo abgezogen.

Bündnis für den Frieden Eberswalde:

1999: Weg in den Krieg –

»DEUTSCHLAND IST DABEI«

von Rolf Richter

Knapp zehn Jahre nach der euphorisch gefeierten, illusionsträchtigen Vereinigung nahm Deutschland am NATO-Angriff auf Jugoslawien teil. Die NATO hatte die UN-Charta und damit ihren eigenen Gründungsvertrag verletzt. Der Krieg war völkerrechtswidrig, bedeutete für Deutschland zudem Bruch der Verfassung, des Zwei-plus-vier-Vertrages, der Zusicherung von 1990, Waffengewalt nicht ohne Zustimmung der UNO anzuwenden. Insofern war er eine Zäsur für die deutsche Geschichte nach 1945. Im Rückblick ist zu fragen, welche Motive den NATO-Überfall auf Belgrad bestimmt haben und welche Methoden der Meinungsmanipulation die mediale Flanke des Krieges absicherten. Dabei soll auch vom eigenen Erleben die Rede sein.

Kosovo große Bleivorräte. Die Aneignung dortiger Märkte und Produktionskapazitäten durch die westlichen Konzerne erforderte zügige Privatisierung (»Transformation«) der Wirtschaft. Doch die sozialistische Führung Jugoslawiens war nicht zur Kapitulation bereit. Unter Nutzung der innerjugoslawischen sozialen und ethnischen Spannungen forcierte die EG daher – Führungsmacht Deutschland voran – die Spaltung der Föderation. Diese erfolgte in drei Etappen: 1) Abfall Sloweniens und Kroatiens (1991/92), 2) Abspaltung von Bosnien-Herzegowina (1992/96) und 3) Abspaltung von Kosovo und Montenegro (1996-2003). Die ebenfalls erwogene Abtrennung der Vojvodina unterblieb, da 2000 in Belgrad ein prowestlicher Regimewechsel gelang und man nun kein Interesse mehr an weiterer Schwächung Serbiens hatte.

Um rasch einen »Domino-Effekt« des Zerfallsprozesses zu erzielen, wurden nationalistische Strömungen bewußt gefördert und aufgepuscht. Voran ging dabei die Bundesregierung, die ihr an die Balkanpolitik von 1941/44 angelehntes Konzept der Zersplitterung gegen den Widerstand Englands und Frankreichs durchsetzte (einseitige Anerkennung Sloweniens und Kroatiens). Paris wollte dagegen möglichst am Bestand Jugoslawiens festhalten. Die von außen geförderte Dynamik des Zerfalls war Hauptursache der äußerst blutigen Kämpfe (besonders im bosnischen Bürgerkrieg und im Kosovo), der Flüchtlingskatastrophe und ethnischer Vertreibungen. Solche Vertreibungen hatten die Serben nach 1941 in großem Ausmaß erlitten. Nun traf es sie – in der Krajina – wieder mit als erste. Schon bald füllte sich das Kosovo mit Flüchtlingen aus Kroatien und Bosnien, was hier die Spannungen anheizte.

USA und NATO waren vor allem unter geopolitisch-strategischen Gesichtspunkten am Balkan als Brücke zum Nahen Osten und Kaukasus interessiert (der Kosovo-Flughafen Priština wurde rasch zum US-Luftstützpunkt ausgebaut). Handlungsfähigkeit ohne UNO sollte demonstriert und Rußland als traditioneller Verbündeter der slawischen Balkanvölker ausgeschaltet werden, während die mosle-



Joschka Fischer auf dem Pavillonplatz in Eberswalde (August 1999). Der Autor übergibt Fischer die Kopie eines Fotos seiner zerstörten Geburtsstadt Hannover von 1945.

mischen Albaner mit türkischer Assistenz als Hilfstruppe dienen konnten. Wie weit dafür ihre großalbanisch-nationalistischen Ambitionen bedient werden mußten, blieb zwischen USA/NATO und EU strittig. Schließlich wollte Präsident Clinton von inneren Problemen ablenken (man sprach vom »Monica-Lewinsky-Krieg«).

Kriegsvorbereitung

Ab 1996 trat die UÇK im Kosovo in Erscheinung, zunächst als partisanenartige Dorfmitz einzelner Albaner-Clans. Nach dem gesellschaftlichen Kollaps Albanien waren dort große Mengen illegaler Waffen verfügbar. Gelder kamen aus der Schweiz, der BRD und den USA. Aus Fremdenlegion und US-Streitkräften wurden – offen und unbehindert – Exilalbaner geworben. Westliche Militärs bildeten in Albanien die Kader aus. Sie betätigten sich auch während der UÇK-Offensive im Frühjahr 1998 als Berater und Planer. Die UÇK drang erfolgreich vor. In Teilen des Kosovo häuften sich ihre terroristischen Aktionen (wie selbst der deutsche Verfassungsschutzbericht notierte) gegen Serben, Roma und regierungstreue Albaner. Dann begannen jedoch Gegenaktionen jugoslawischer Armee- und Polizeieinheiten. Die UÇK wurde nahezu völlig aus dem Kosovo verdrängt. Zeitweise gab es viele tausend Binnenflüchtlinge, die den Kampfhand-

lungen auswichen. Und es ging blutig her (Beobachter registrierten massakerähnliche Ausschreitungen beider Seiten), aber der Westen empörte sich weder über Separatismus noch über den Angriff vom benachbarten Albanien her. Nur von serbischen Übergriffen war die Rede. Kriegspropaganda ordnet Stichworte wie Vertreibungen, Massaker, Folter, Völkermord möglichst einseitig dem Gegner zu, die eigenen Handlungen bleiben ohne Makel.

Ab Juni 1998 (damals kaum bekannt) lief die NATO-Planung eines Angriffs auf Jugoslawien. In Deutschland begann der Bundestagswahlkampf; Volker Rühle und Joschka Fischer zogen durchs Land und forderten »Bomben auf Belgrad« (Verteidigung? Völkerrecht? Grünes Wahlprogramm?). Der Kreis Barnim erlebte ab August die Auftritte erst- und zweitrangiger Politprominenz: die oben Genannten sprachen auf dem Eberswalder Markt, Dieppen in Finowfurt. Dann folgten Gysi und für die SPD Lafontaine und Regino Hildebrandt. Im Gespräch mit Rühle und dann mit Fischer übergab ich eine Fotokopie vom 1945 völlig zerstörten Zentrum meiner Geburtsstadt Hannover und erläuterte, wo ich die Bombenangriffe erlebt hatte. Der deutsche Angriffskrieg hatte sich letztlich gegen uns selbst gekehrt. Rühle gab sich weltmännisch und hörte ernst zu. Fischer meinte abwehrend, damit sich so etwas nicht wiederhole, gebe es ja die EU. Bomben auf Warschau (!) wären heute nicht mehr möglich. Ich gewann den Eindruck, der Krieg sei schon fest beschlossen, und kaum irgendwo in Deutschland zeige sich ernster Widerstand. Ein Anruf im Büro Modrow war wenig ermutigend. Auch die PDS schien nicht vorbereitet, im Wahlkampf wirksam gegen die Kriegsgefahr Front zu machen. Von ihrer AG Außenpolitik hieß es, man erwäge Zustimmung zu UNO-Blauhelmeinsätzen (für die der heutige Verteidigungsexperte der linken BT-Fraktion, Paul Schäfer, schon 1992 warb). Erst nach dem NATO-Angriff sorgte der Parteitag von Münster im Jahr 2000 in dieser Sache für Klarheit.

Im September 1998 war die NATO-Vorbereitung abgeschlossen, inklusive der Luftmanöver über albanischem und mazedonischem Gebiet. Was folgte, war unglaublich. Auf Drängen der US-Emissäre stimmte die – nach der Wahl nur noch amtierende! – Bun-

desregierung dem NATO-Angriff zu (der Justizminister gab seinen Protest wegen Verfassungswidrigkeit der Vorlage zu den Akten). Der bereits abgewählte Bundestag segnete in Sondersitzung den »Vorratsbeschluss« ab (davon konnte die NATO jederzeit ohne langes Nachfragen Gebrauch machen). Ganz ohne Proteste ging es allerdings nicht ab (siehe Chronik).

Der Angriff verzögerte sich, da Belgrad, das die Lage im Kosovo inzwischen kontrollierte, im Oktober auf einen international überwachten Abzug seiner Truppen einging. Die Anwesenheit der 2000 OSZE-Beobachter (darunter natürlich Geheimdienst-»Maulwürfe«) hatte den Vorteil, definitiv klarzustellen: bis zu ihrem Abzug Ende März 1999 hat es die als Kriegs-anlaß dienenden ethnischen Säuberungen im Kosovo nicht gegeben. Allerdings hatte das Abkommen einen Fehler. Die UÇK war an ihm nicht beteiligt. Als die Flüchtlinge zurückkehrten, sickerte auch sie wieder ein. Ab Januar kam es erneut zu ersten militärischen Zusammenstößen. Letzte Ereignisse vor Kriegsbeginn, die der Öffentlichkeit als Anlaß für den NATO-Angriff präsentiert wurden, waren das behauptete Massaker von Racak und die Alibi-Verhandlungen in Rambouillet. Die Autopsie-Protokolle finnischer Gerichtsmediziner zu Racak wurden von Fischers EU-Präsidentschaft nicht veröffentlicht. Kopien aller 40 Protokolle sind aber inzwischen bekannt. Sie stützen die Behauptung von einem Massaker nicht (dazu Elsässer 2000; Richter/Schmähling/Spoo 2000; Schütz 2003 – Literatur folgt in Teil 2). Dem unsäglichen Auschwitz-Vergleich von Fischer und Scharping haben Auschwitz-Überlebende vehement widersprochen (Frankfurter Rundschau, 23.4.1999). Gräber- und Leichenzählungen nach dem Krieg sprachen gegen den Völkermord-Vorwurf der Kriegspropaganda. Schließlich der Rambouillet-»Vertrag«. Sein Text wurde im April 1999, nach Kriegsbeginn, bekannt. Er enthielt im »Annex B« ein komplettes Besatzungsstatut mit umfassenden Vollmachten der NATO in Gesamtjugoslawien. Der Forderung nach Unterzeichnung – ein wohlberechnetes Ultimatum! – konnte Belgrad unmöglich nachkommen. Das wäre Bruch der jugoslawischen Verfassung und Landesverrat gewesen. So werden Kriege gemacht!

(Wird fortgesetzt)

Pfui Deibel

Zwei Nachrichten einer Woche: Unser Mann auf dem Stuhl Petri hat den Vatikan für alle Formen und Möglichkeiten des Internets geöffnet. Zur Verbesserung der Kommunikation, wie es heißt. Man muß das begrüßen und darf gleichzeitig dafür beten, daß keiner der päpstlichen Himmelsdiener ungebührlichen Gebrauch davon macht und sich heimlich ein paar unzüchtige Seiten reinzieht.

Die zweite Nachricht kommt quasi aus dem Mittelalter, das die Kurie in Bereichen ihrer Möglichkeiten verbissen konserviert. So existiert nach wie vor eine Horde von päpstlich bestellten Teufelsaustreibern, sogenannten Exorzisten, die immer noch und immer wieder auf arme kranke Menschen losgelassen werden, um denen mit allerlei Brimborium und oft gewaltsam den Satan aus dem Leibe zu jagen. Den psychiatrischen Fall, Fälle von Epilepsie oder geistiger Verwirrung, gehen sie mit einer wahnhaften Besessenheit an, die sie kaum von den Geist- und Fernheilern unterscheidet, über die die deutschen Fernsehsender, auch die mit dem »Bildungsauftrag«, häufig berichten.

Zurück zu den Austreibern des Abtreibungsverdammers Ratzinger. Der Boß der Gilde hat verkündet, wer für die Weltwirtschafts- und Finanzkrise verantwortlich ist und für das gesamte Chaos rings um das goldene Kalb. Natürlich – der Mann dient Rom – ist nicht einer des Gesindels von Ackermann bis Zumwinkel schuld, sind nicht Banken, Monopole, Spekulanten, Regierungen und Systeme die Verursacher und Beförderer. ER ist es, Luzifer, der Beschwänzte mit dem Pferdehuf. Kühner und klüger wurde Marx nie widerlegt! Und unverschämter wurde das Kapital nie von seiner Ur-Schuld entlastet. Die Bankerten wird's freuen, und noch in der Hölle werden sie sich röstlich über den depperten Pfaffen amüsieren, falls sie jemals ins Fegefeuer kämen. Zwar heißt es in der Schrift, daß eher ein Kamel durch ein Nadelöhr gehe, als daß ein Reicher in den Himmel kommt, aber das ist doch mehr als Diätbefehl für die Armen gedacht, auf Erden und zur Lebenszeit schön zahm zu bleiben im dauerhaften Hoffen auf posthume Gehaltsnachzahlung. Die Herrschaften auf der Sonnenseite hingegen schert es einen Dreck, wie sie nach dem Ab- im anderen Leben auskommen. Hierin sind sie lupenreine Atheisten und mästen sich auf Erden. Aber, so ist zu vernehmen, es gibt Initiativen, unterstützt mit enormen Sponsorengeldern aus allerhöchsten Kreisen, Initiativen wissenschaftlich-technischer Art, die darauf hinauslaufen, das unangenehme Kamel-Öhr-Gleichnis zu unterlaufen. So wird an Riesennadeln einerseits und an der Zucht von Kleinstkamelen andererseits gearbeitet. Für das Kamelprojekt haben sich auffallend viele Wähler einer bestimmten Partei als aktive Teilnehmer beworben. Mehr mitzuteilen ist aus Gründen des Datenschutzes nicht möglich.

Dr. STEFFEN PELTSCH

Der Anfang: deutsche Bomben auf Warschau, Rotterdam, Coventry, Belgien



HANNOVER 1945

schwer zerstörte deutsche Städte

Hannover, die Geburtsstadt von Rolf Richter nach den verheerenden Bombenangriffen Anfang

1945. Mit diesem Bild warb er 1998/99 für eine friedliche Lösung im Jugoslawienkonflikt.

Bomben auf Warschau seien heute nicht mehr möglich meinte Grünen-Chef Fischer. Die Bomben auf Belgrad hatte Joschka damals offensichtlich schon fest eingeplant.

Mächtige Präsidentin

Der Finowfurter Sportverein wählte nach 21monatiger Interimslösung einen neuen Präsidenten, genauer eine Präsidentin. Auf der Präsidiumssitzung im Monat Februar wurde Margitta Mächtig einstimmig zur neuen Präsidentin des Finowfurter SV. Sie ist Mitglied des Landtages Brandenburg und des Kreistages Barnim. Frau Mächtig dankte in ihrem Eingangsstatement dem Vereinsvorstand für den Vertrauensvorschuß und die bisherige Arbeit des Sportvereins, der sich neben dem aktiven Trainings- und Wettkampfbetrieb auch dem Breiten- und Kindersport widmet. Insbesondere dankte sie Uwe Schotte dem bisherigen Präsidenten, der aus gesundheitlichen Gründen das Amt niederlegt hatte und dem Geschäftsführer Hartmut Miersch, der diese Funktion fast zwei Jahre kommissarisch begleitete. In der ersten gemeinsamen Sitzung verständigte sich das Präsidium auf die Schwerpunkte und die Organisation der Zusammenarbeit sowie auf den Stand der Vorbereitung des Finowfurter Faschings, der erstmalig durch die Sportlerinnen und Sportler des FSV vorbereitet wurde, da der ortsansässige Faschingsverein in diesem Jahr eine Auszeit genommen hatte. Weiterhin ist für März eine Mitgliederversammlung geplant, bei der Frau Mächtig sich und ihre Ziele allen Mitgliedern vorstellen will.

ANNETT HANKE,
Verantwortliche für Öffentlichkeitsarbeit

Zur Diskussion B 167 neu

Die meisten Bürger finden, daß die Nordvariante im ersten Bauabschnitt nichts bringt, da sie der Stadt im Endeffekt keine Vorteile und keine Entlastung verschafft. Es erfolgt nur eine Verlagerung des Straßenverkehrs. Da aber der Quell- und Zielverkehr zu über 90 Prozent aus den verschiedensten Gründen nach Eberswalde will, ist diese Variante aus meiner Sicht nutzlos. Bis dahin stimme ich mit den Aussagen vom Ortsvorsteher von Finowfurt Wilhelm Westerkamp überein. Die von ihm wieder zur Diskussion angeregte Südvariante ist noch weniger praktikabel. Den Aussagen vom Verkehrplaner Rainer Schneewolf (MOZ, 23.2.09), kann ich ebenfalls nur bedingt folgen. Hier wird, sollte diese Variante in Erwägung gezogen werden, das Flora Fauna Habitat (FFH Nr. 218) Finowtal-Pregnitzfließ in Mitleidenschaft gezogen. Das Gebiet ist in den letzten Jahrzehnten weitgehend vor menschlichen Nutzungsabsichten verschont geblieben. Es konnten schützenswerte Tier- und Pflanzenarten, wie Baumkammer, Moorfrosch, Orchideen und Laichkräuter einen ruhigen Lebensraum finden. Es gibt noch weit mehr schützenswertes, was ich aus Platzgründen hier nicht weiter ausführen kann. Es ist am Landesbetrieb Straßenwesen, anderen Beteiligten und den anliegenden Gemeinden, eine einvernehmliche und gemeinsame Lösung zu finden.

HANS-JÜRGEN MÜLLER

Bürger, Nichtbürger, Bildungsbürger

Bei der Landtagswahl in Hessen im Januar siegte eine »bürgerliche Mehrheit«. Das stellte Bundeskanzlerin Angela Merkel höchstpersönlich fest. Schon ihre Neujahrsansprache hatte sie an die »lieben Mitbürgerinnen und Mitbürger« gerichtet. Nun wissen wir, wen sie dabei meinte. Nicht etwa alle Einwohnerinnen und Einwohner der Bundesrepublik und auch nicht »alle Deutschen«, von denen das Grundgesetz spricht. Angela redete mit der bürgerlichen Mehrheit. Eine bürgerliche Mehrheit impliziert zugleich unausgesprochen eine nichtbürgerliche Minderheit, und damit die Teilung der Menschen in Bürger und Nichtbürger.

Im Gegensatz zur früheren DDR kennt die BRD keine Staatsbürger, sondern nur Staatsangehörige. In alten »Polizeimuf«-Filmen, die von Zeit zu Zeit kurz vor Mitternacht in MDR oder RBB zu sehen sind, reden die Volkspolizisten die Menschen mit Bürgerin bzw. Bürger an, was zumindest formal den Angesprochenen bestimmte Rechte verbrieft – staatsbürgerliche Rechte. Bekanntermaßen klafften in der DDR Ideal und Wirklichkeit weit auseinander. Im Unterschied zum wenigstens nominellen Subjekt des »Staatsbürgers der DDR« sind »Staatsangehörige der BRD« im Wortsinne als passiv angehörig lediglich Objekte der Staatsmacht. Früher sagte man Untertanen. Untertanen sind keine Bürger. Finden wir hier die nichtbürgerlichen Minderheiten, die bei Mitzählung der Nichtwähler eigentlich Mehrheiten sind?

Der Begriff des Bürgers geht auf die alten Griechen zurück. Nach Aristoteles ist der Bürger durch seine »Teilhabe am Richten und an der Herrschaft« bestimmt (Politik III, 1275a22ff.). Beides ist den Staatsangehörigen der BRD nur äußerst rudimentär als ehrenamtlicher Schöffe oder durch Teilnahme an Wahlen möglich. Insofern wird mit dem Begriff »Staatsangehörigkeit« durchaus die Realität widerspiegelt.

Schon in den altgriechischen Poleis gehörten nicht alle Einwohner zu den »polites« (Bürger). Frauen, Zugezogene und Sklaven waren Nichtbürger. Ähnlich waren auch die Städtebürger des Mittelalters eine privilegierte Schicht in ihrer Kommune. Habenichtse konnten keine Bürger sein. Aus den Städtebürgern entwickelte sich das heute Staat und Gesellschaft beherrschende Besitzbürgertum (Bour-

geoisie). Diese Realität hat auch der Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski erkannt, der sich Anfang des Jahres an die »Gewerbetreibenden in Eberswalde« wandte und die »Eberswalder Unternehmerschaft« als »das Rückgrat unseres Gemeinwesens« bezeichnete.

Dieses Besitzbürgertum darf nicht verwechselt werden mit dem sogenannten »Bildungsbürgertum«. Die Herausbildung dieser Schicht ist eng mit dem spätabolutistischen Verwaltungsstaat des 17. und 18. Jahrhunderts verbunden, der eine große Zahl gut ausgebildeter Beamter benötigte, die das alte Feudalsystem nicht hervorzubringen vermochte. Die Herrschenden im alten Rom hielten sich für spezielle Verwaltungsaufgaben Staatssklaven. Im Mittelalter übernahmen meist Mönche diese Aufgaben. Als in der Reformation die Klöster aufgelöst wurden, war das die Chance für einen Teil des Städtebürgertums sich als Staatsdiener den materiellen Wohlstand zu sichern.

Die Staaten wußten sich die Loyalität dieses entstehenden »Bildungsbürgertums« dadurch zu sichern, daß die zu besetzenden Verwaltungspositionen zusätzlich durch Steuerprivilegien, Befreiung vom Kriegsdienst und Bevorzugung vor Gericht aufgewertet wurden. »Auf diese Weise entstand eine neue außerständisch-bürgerliche Schicht, die sich weder politisch noch wirtschaftlich, sondern administrativ-kulturell definierte« (Wikipedia). Als Lakaien der Herrschenden, zeichnen sich Angehörige dieser Schicht oft durch einen besonderen Standesdünkel aus. Die Wikipedia spricht gar von einer »Re-etablierung neo-aristokratischer Gesinnungsmomente«, wobei sich elitäres Gutmenschenum mit einer gehörigen Portion Untertanengeist verbindet.

Ogleich vom sozialen Stand her nur Pseudobürgertum, erfüllt das »Bildungsbürgertum« auch im gegenwärtigen Herrschaftssystem wichtige Funktionen, nicht nur als Staatsdiener, sondern auch als Träger ideologischer Legitimation. Das schließt das Engagement zur Delegitimierung von allem, was der Herrschaft der »bürgerlichen Mehrheit« gefährlich werden könnte ein. Natürlich entstammen auch dem »Bildungsbürgertum« immer wieder Menschen, die über ihre soziale Herkunft hinauswachsen.

GERD MARKMANN

Martin Luther King zum 80.

Eberswalde (hpg). Für die Gospelszene in Brandenburg ist es schon Ehrensache den 80. Geburtstag des schwarzen Predigers und Bürgerrechtlers Martin Luther King nicht unbeachtet verstreichen zu lassen. Mit seinem Kampf gegen die Amerikanische Rassentrennung ist er in den 60iger Jahren bekannt geworden, als er einen gewaltfreien Protest organisierte. Die nachfolgende Entwicklung hat nun ihren Höhepunkt im Amtsantritt des ersten farbigen

Präsidenten der USA gehabt. Auch für uns setzte er Maßstäbe im bürgerlichen Engagement. Am 20. Februar fand in der Pflingstkapelle in Ostende eine Abendfeier mit Gospelmusik statt, die an diesen wichtigen unbeugsamen Menschen erinnerte, der doch auch nur mit Konsequenz den Weg des christlichen Glaubens gegangen ist. Die Westend-Glory-Singers aus Eberswalde haben gemeinsam mit Pfarrer Hanns-Peter Giering diesen Abend gestaltet.

Kreistag Barnim und StVV Eberswalde fordern:

»Volle Leistung zum halben Preis«

Eberswalde (bbp). Am 28. Januar beschloß der Kreistag Barnim mehrheitlich einen Beschlußantrag der LINKEN, wonach der Kreistag den Aufsichtsrat des Verkehrsverbundes Berlin/Brandenburg auffordert, auch außerhalb der kreisfreien Städte ihren vielfach propagierten Slogan »Volle Leistung zum halben Preis« für das Brandenburger Mobilitätsticket Realität werden zu lassen. »Der Kreistag Barnim«, heißt es im Beschlußtext, »erwartet vom Vertreter des Landkreises im Aufsichtsrat des Verkehrsverbundes Berlin/Brandenburg, vom Brandenburger Fachministerium für Infrastruktur und Raumordnung im Interesse der Anspruchsberechtigten aktiv zu werden und sich für eine sozial verträglichere Lösung einzusetzen.« Anspruchsberechtigte im Landkreis Barnim müssen derzeit mindestens 20,30 Euro bezahlen, um ein monatliches Mobilitätsticket zu erwerben. »Volle Leistung zum

halben Preis« würde aber bedeuten, begründet die LINKE ihren Antrag, daß beispielsweise ein Monatsticket für den Stadtverkehr Eberswalde bereits für 14,50 Euro zu kaufen wäre. Nur mit einem preisgünstigen Ticket könne Mobilität für alle sozial Benachteiligten gewährleistet und deren Teilnahme am gesellschaftlichen und kulturellen Leben gesichert werden. Zusätzlich sind entsprechende Tages-, Wochen- und Monatskarten in diesem Zusammenhang notwendig, wobei die Bedürftigen frei und flexibel entscheiden können müssen, welches Angebot sie vor dem Hintergrund ihres tatsächlichen Bedarfes und ihrer finanziellen Möglichkeiten in Anspruch nehmen können.

Einen Tag nach dem Kreistag beschlossen auch die Eberswalder Stadtverordneten auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE eine Resolution zum Brandenburger Mobilitätsticket.

Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft

Eberswalde (bbp). Ende Januar wählten die Mitglieder des Eberswalder Kreisverbandes der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft ihren Vorstand neu. Der alte und neue Kreisvorsitzende Waldemar Hickel zog Bilanz: »Seit der Gründung im Jahre 1992 haben viele Mitglieder und Sympathisanten in ehrenamtlicher Arbeit den Gedanken der Freundschaft und der Zusammenarbeit mit Bürgern der ehemaligen Sowjetunion unterstützt. Das Erreichte verdanken wir den vielen ehrenamtlichen Mitstreitern unserer Gesellschaft. Der Kreisvorstand möchte allen Mitgliedern und Sympathisanten für den Einsatz und die Unterstützung danken.«

Auch im neuen Jahr stehen anspruchsvolle Aufgaben an. Neben Treffs, Freundschaftsveranstaltungen sowie Kranzniederlegungen, z.B. am 6. April und zum 8. Mai, werden die Freunde des Eberswalder Kreisverbandes im Jahr 2009 die Neugestaltung des Garnisonsfriedhofes in der Heegermühler Straße begleiten. Dabei gehe es auch darum, sagt Waldemar Hickel,

daß das Andenken an die beiden verunglückten Finower Piloten Boris Kapustin und Juri Janow in Ehren gehalten wird. Bis zum vorigen Jahr erinnerte daran eine Gedenktafel am sowjetischen Ehrenmal im Finower Stadtpark. Beim Abriß des Ehrenmals im Sommer 2008 wurde die Gedenktafel geborgen. Sie soll nach dem Willen der Freundschaftsgesellschaft in dem neugestalteten Garnisonsfriedhof in Westend-Heegermühler Straße einen würdigen Platz finden.

Dem neuen Kreisvorstand der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft gehören neben dem Vorsitzenden Waldemar Hickel, Anneliese Wolf, Helga Schäfer, Ilse Weber, Gisela Bojar und Wilhelm Lange an. Der Kreisverband ist in 7 Basisgruppen organisiert.

Die nächsten Veranstaltungen sind am 7. März die Frauentagsfeier im Joachimsthaler »Kaiserbahnhof« und am 6. April die Erinnerung an den 43. Jahrestag des Flugzeugunglücks mit Kapustin und Janow.

Das Geheimnis der Silkebuche

Am Frauentag, diesjahr ein Sonntag, führt Wanderleiter Hans-Jürgen Müller nicht nur Frauen von der Naturwachtstation »Wildfang« vorbei an beiden Pinnowseen zu einer der größten und ältesten Buchen Brandenburgs. Unterwegs gibt es auf den siebeneinhalb Kilometern viel zum Naturschutzgebiet und der Station »Wildfang« zu erzählen. Für die Wanderung sind etwa drei Stunden einzuplanen. Los geht es um 13.30 Uhr an der Feuerwehr (Ernst-Thälmann-Straße) in Groß Schönebeck.

Eine Woche später, am 15. März, geht die Rundwanderung ebenfalls mit Hans-Jürgen Müller zum verwunschenen Schloß am Stadtsee. Vom Treffpunkt auf dem Parkplatz am

»Haus am Stadtsee« (Angermünder Chaussee 9) in Eberswalde geht es am Großen Stadtsee vorbei über das alte Wasserwerk in Richtung Kaltes Wasser zur Kolonie Britz bis hin zu einem »verwunschenen« Schloß. Weiter geht es vorbei an den Feuchtwiesen, der Versuchsstation der Forst zurück zum Ausgangspunkt. Die etwa sechs Kilometer lange Tour wird etwa zwei Stunden in Anspruch nehmen.

Bei beiden Wanderungen wird für Erwachsene eine Organisationsgebühr von je 2 Euro erhoben. Kinder bezahlen 1 Euro und Mitglieder der NaturFreunde 50 Cent.

BERND MÜLLER, Die NaturFreunde Deutschlands, Regionalgruppe Oberbarnim-Oderland

Benefizkonzert

Eberswalde (bbu). Bereits zum dritten Mal laden die Bürgerstiftung Barnim Uckermark und die Ausländerbeauftragte des Landkreises Barnim zum Benefizkonzert zugunsten des Barnimer Notfallfonds für Flüchtlinge ein. Der Hilfefonds wurde in der Mitte der 1990er Jahre durch den In- und AusländerInnenkreis Eberswalde gegründet und befindet sich seit März 2007 in der Trägerschaft der Bürgerstiftung. In den zurückliegenden zwei Jahren konnte der Fonds in 16 Notfällen mehr als 3.900 Euro Soforthilfe zur Verfügung stellen. Mit dem Trio Djekafo stehen Musiker aus Burkina Faso, Indien und Deutschland auf der Bühne und vermischen westafrikanische Rhythmen und Jazz zu einer besonderen Weltmusik. Das Konzert findet am 19. März im Kreishaus in Eberswalde statt. Beginn ist 20 Uhr.

Wanderplan

In der Touristinformaton in der Königstrasse von Bad Freienwalde können Interessierte kostenlos den Wander- und Veranstaltungsplan für März bis Mai 2009 erhalten. Es ist außerdem möglich, sich den Plan kostenfrei per Post zusenden zu lassen. Infotelefon 03344-333200. Im Internet ist der bisher geplante Jahresplan unter www.wanderfalkenfrw.de zu sehen.

BERND MÜLLER

Eine erfolgreiche Anzeige

Am 8. Januar weilte ich zu Winterfotografien im Naturschutzgebiet Buckowseerine nördlich von Eberswalde. Am Feldweg »Feldtorge« in Richtung Margaretenhof liegt ca. auf halbem Weg zwischen der Ortsverbindungsstraße Lichterfelde/Blütenberg Richtung Britz und dem Feldweg von Buckow nach Margaretenhof auf der rechten Seite ein kleines Moor. Dort hatte ich am 9. Oktober letzten Jahres mit Mitarbeiterinnen des BRSC und Praktikantinnen eine Wanderung durchgeführt. Wir haben unter anderem auch zu diesem kleinen Moor gefachsimpelt. Während meiner Fototour mußte ich nun leider feststellen, daß in diesem Moor geholt wurde. Damit wurde das Landschaftsbild des Moores aus meiner Sicht stark beschädigt. Ob dies ökologische oder andere Folgen hat, konnte ich persönlich nicht einschätzen.

Nach mehreren Nachfragen bei der UNB und dem Einschalten des Landesbüros der Naturschutzverbände, erhielt ich am 25. Februar folgende Antwort vom Bearbeiter Christian Ziegner per E-Mail: »Der Verursacher der Abholzung wurde von uns ermittelt. Nach dem gegenwärtigen Stand handelt es sich um eine Ordnungswidrigkeit, folglich wurde ein ordnungsrechtliches Verfahren eingeleitet. Zum Ausgang des Verfahrens darf ich Ihnen leider keine Auskunft erteilen.«

Aus heutiger Sicht kann ich mir sagen, die Anzeige des Naturfrevels hat sich gelohnt.

HANS-JÜRGEN MÜLLER, Naturfreund und Landschaftsführer, Eberswalde

Nachmittag der Begegnung am 20. März

Der Tag, an dem der Frühling beginnt, erscheint uns genau der richtige Tag für diese Einladung zu sein. Am Freitag, den 20. März 2009, laden wir zu einem »Nachmittag der Begegnung« in die Freie Oberschule Finow ein. Ab 15 Uhr, bis die Dämmerung einsetzt, kann das Schulgebäude besichtigt werden, bieten wir Kulinarisches, ein kleines Programm und viele Gesprächsmöglichkeiten.

Jahrelang stand das Gebäude leer, die Schäden waren groß. Wir haben viel Zeit und Kraft investiert. Es ist also Zeit zum Staunen!

Auf dem Hof eröffnen wir die »Finower Grill-saison«, in unmittelbarer Nähe der Schulbar. Dafür steht auch eine Spendenbüchse bereit. Es ist inzwischen ein schöner Brauch, daß wir dann Sky-Laternen mit Wünschen für die Schule aufsteigen lassen. Der Verein »Freie Oberschule Finow« eröffnet nach den Sommerferien 2009 diese neue Oberschule in Eberswalde. Das Bildungsangebot in Eberswalde und im Landkreis Barnim wird vielfältiger. Der Stadtteil Finow erhält so auch wieder eine Oberschule für die Klassen 7 bis 10.

Unsere Oberschule beginnt am 31.8.2009 mit einer 7. Klasse und unserem ersten Schulleiter, Herrn Schumacher. Die Bildung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Wir haben unser Projekt der Schulentwicklung darum immer »Treibhaus der Zukunft« genannt.

Aus der Vergangenheit haben wir gelernt, daß Schule eingebunden sein muß in die Bereiche der Gesellschaft, in den Stadtteil, in die Arbeitswelt, in die politischen Herausforderungen. Gerade in einer freien Schule bieten sich dazu vielfältige Möglichkeiten.

Mit unserer Einladung verbinden wir darum auch den Wunsch, Sie an der »Herausforderung Bildung und Ausbildung« zu beteiligen. Der Nachmittag der Begegnung kann ein Kennenlernen werden und der Beginn vielfältiger gemeinsamer Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern. Der Verein bereitet dafür mit dieser Schule den fruchtbaren Boden. Während des Nachmittages bieten wir die Möglichkeit, Inhalte des Unterrichtes zu diskutieren, Projektideen zu entwickeln und Formen gemeinsamer Arbeit zu finden.

Maria Montessori schrieb: »Die Aufgabe der Umgebung ist es nicht, das Kind zu formen, sondern ihm zu erlauben sich zu offenbaren.« Dazu rufen wir auf, dafür laden wir ein.

HARTWIN SCHULZ

Freie Oberschule Finow e.V.

Biesenthaler Straße 14/15
16227 Eberswalde

www.freie-oberschule-finow.de

Jeden Dienstag 16 - 18 Uhr: Schulcafé

Flugzeugunglück 1966:

Gedenkveranstaltung

Die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft e.V. Kreisvorstand Eberswalde führt am 6.4.2009 um 14.30 Uhr in Eberswalde, Brunnenstraße, eine Gedenkveranstaltung zu Ehren der verunglückten Piloten durch.

Am 6.4.1966, vor 43 Jahren, steuerten die sowjetischen Piloten Hauptmann Boris Wladimirowitsch Kapustin und Oberleutnant Juri Nikolajewitsch Janow ihr defektes Kampfflugzeug in den Stößensee in Westberlin und verloren dabei ihr Leben. Durch ihren selbstlosen Einsatz vermieden sie eine unabsehbare Katastrophe im nahen Wohngebiet.

Die BFG e.V. KV Eberswalde hat sich die Aufgabe gestellt, die Heldentaten der beiden Piloten B. Kapustin und J. Janow zu erforschen. Auf der Veranstaltung werden nun zum erstenmal die gesammelten und aufgearbeiteten Materialien, gezeigt.

Wir erwarten Sie!

Interessierte Bürger wie auch Bürger die wertvolle Hinweise zu diesem Vorfall machen können und an dieser Veranstaltung teilnehmen möchten, melden sich bitte unter der E-Mailanschrift ebwbf@t-online.de. Teilen Sie uns Ihre Anschrift und Telefonnummer mit, damit wir ihnen weitere Informationen zukommen lassen können.

WALDEMAR HICKEL,

Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft e.V.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer _____ Bank _____ Bankleitzahl _____

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: _____
2. Unterschrift Abonnent/in _____

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten): _____

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

Barnimer Bürgerpost abonnieren!

Tel.: 0 33 34 / 35 65 42

Fax: 0 18 05 / 22 10 40 973

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telex: (0 18 05) 22 10 40 973

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Markmann (5), Richter

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 35 39 18

redaktionsschluß: 28. Februar 2009

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 28.3.2009, 12 Uhr.